

Rojava – „Schutzzone“ für religiöse und ethnische Minderheiten in Nordsyrien?



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
Internet: www.gfbv.de
E-Mail: info@gfbv.de

Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 9 471 400
BLZ: 251 205 10
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Kamal Sido

Fotos: Kamal Sido, Kim Hussein Reve

Redaktion: Inse Geismar, Lea Seidel

Layout: Michaela Böttcher, Lea Seidel

**Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im Juni
2016**

Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung.....	5
2.	Kurdische politische Parteien und ihre Differenzen.....	7
2.1	Die PYD.....	7
2.2	Der Kurdische Nationalrat in Syrien (KNCS).....	8
3.	Ablauf der Reise und die ersten Eindrücke von den besuchten Regionen.....	9
3.1	Einzelne Stationen der Reise.....	11
3.1.1	Amuda.....	11
3.1.2	Kobani.....	13
3.1.3	Tall Abyad.....	15
3.1.4	Al-Hasakeh.....	16
3.1.5	Das Regime in Qamischli und in Al-Hasakeh.....	17
3.1.6	Afrin: die kurdische Enklave im Westen.....	20
4.	Menschenrechtssituation.....	21
4.1	Besuch eines Gefängnisses.....	22
4.2	Die Lage der Minderheiten.....	23
4.2.1	Christen.....	23
4.2.2	Yeziden.....	24
4.2.3	Araber.....	25
5.	Flüchtlingssituation.....	26
6.	Die Türkei als schwieriger Nachbar.....	28
6.1	Erdogan und die „Islam-Karte“.....	28
6.2	Die Türkei und die Behinderung des „Anti-IS-Krieges“.....	29
6.3	Erdogans „Schutzzone“ ist gefährlich.....	31
7.	Fazit: Rojava-Nordsyrien benötigt unsere Solidarität.....	32
8.	Handlungsempfehlungen.....	34
8.1	An die regionale Selbstverwaltung und PYD.....	34
8.2	An den KNCS.....	34
8.3	An die DPK von Masud Barzani in Irakisch-Kurdistan und die PKK.....	35
8.4	An die deutsche Bundesregierung.....	35
9.	Anhang.....	36
9.1	Liste der interviewten Personen.....	36

9.2	Einzelne Interviews	37
10.	Glossar.....	79

1. Einführung

„Die Fluchtursachen sollten hier vor Ort bekämpft werden. Wir erwarten, dass Deutschland, Europa und Amerika uns dabei unterstützen. Wir sind dabei, ein multiethnisches und -religiöses Projekt in Rojava-Nordsyrien zu etablieren. Wir wollen alle Minderheiten unabhängig von ihrer Religion/Ethnie/Sprache hier in Nordsyrien fördern und wir erwarten Unterstützung nicht nur von der Öffentlichkeit, sondern auch von den Regierungen. Dieses Projekt, das wir hier in Nordsyrien angefangen haben, könnte man auch in ganz Syrien umsetzen, sodass verschiedene Religionen/Ethnien/Konfessionen friedlich, frei und gleichberechtigt leben können. In der Verwaltung sind heute alle hier lebenden Minderheiten vertreten. Das Recht auf Muttersprache, Glaubensfreiheit und Meinungsfreiheit ist hier garantiert. Alle diese Rechte sind in dem gesellschaftlichen Vertrag erwähnt. Drei Sprachen wurden zu offiziellen Sprachen der Region erklärt: Arabisch, Kurdisch, Aramäisch.“

Elizabeth Koriyeh, Christin aus Qamischli

Der Nahostreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Dr. Kamal Sido, fuhr vom 12. März bis zum 03. April 2016 nach Rojava-Nordsyrien, um sich ein eigenes Bild von der Lage in dem Gebiet zu machen. Ein wichtiges Ergebnis dieser Reise waren rund 24 Interviews mit Angehörigen verschiedener Volksgruppen, von denen 18 als Anhang in diesem Bericht veröffentlicht sind.

In den westlichen Medien ist zum Teil immer noch das Bild der „guten Revolutionäre“ und des „bösen Regimes“ in Syrien präsent. Doch diese Darstellung ist spätestens seit dem Auftauchen der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS); früher auch bekannt als „Islamischer Staat im Irak und Syrien“ (ISIS) oder „Islamischer Staat im Irak und in der Levante“ (ISIL), überholt. Heute muss zur Kenntnis genommen werden, dass die sogenannte *Freie Syrische Armee (FSA)* in Syrien von Islamisten vollständig unterwandert ist. Die Zivilbevölkerung leidet im ganzen Land enorm unter dem seit 2011 tobenden Bürgerkrieg. Insbesondere die Situation der Minderheiten verschlechtert sich Tag für Tag. Sehr viele Minderheitenangehörige haben aus Angst vor Diskriminierung oder Überfällen bereits das Land verlassen. Es ist ihnen nicht möglich, in Sicherheit zu leben, da überall die Gefahr einer Entführung, Hinrichtung oder Folter droht. Innerhalb Syriens fliehen Angehörige der ethnischen und religiösen Minderheiten entweder in das vom Regime beherrschte Gebiet an der syrischen Mittelmeerküste im Westen, nach Damaskus oder in den Norden nach Rojava-Nordsyrien.

In Syrien gibt es ungefähr 3.000.000 Kurden. Sie stellen etwa 15 Prozent der Bevölkerung und leben in zwei im Norden liegenden - nicht miteinander verbundenen – Enklaven Jazire/Cazîra¹ und Afrin.

Dieses Gebiet, das in diesem Bericht Rojava-Nordsyrien genannt wird, hat verschiedene Bezeichnungen, deren Benutzung einiges über die politischen Ansichten eines Gesprächspartners verraten kann: Kurden aus den Reihen der *Partei der Demokratischen Union (PYD)*, der führenden Kraft in Nordsyrien, nennen dieses Gebiet „Rojava“. Dieser Begriff ist eine Ableitung oder Abkürzung von dem kurdischen Namen „Rojavayê Kurdistan“.² Anhänger von Masud Barzani, dem amtierenden Präsidenten von Irakisch-Kurdistan, die in Konkurrenz mit den Kurden aus dem Umfeld der in Deutschland verbotenen *Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)*³ stehen, sprechen hingegen von „Kurdistan Suriyê“.⁴ Von vielen Assyriern/Aramäern und Arabern wird das Gebiet schlicht als „Nordsyrien“ bezeichnet. Hier ist anzumerken, dass die PYD bzw. die PKK viel flexibler mit der Bezeichnung umgehen als die anderen Gruppierungen. Wenn Assyrier/Aramäer oder Araber, die neben den Kurden in diesem Gebiet leben, die Bezeichnung „Kurdistan“ ablehnen, wird einfach „Rojava“⁵ gesagt. So einigten sich Vertreter der PYD und anderer kurdischer Parteien sowie Repräsentanten einiger assyro-aramäischen, arabischen und turkmenischen Organisationen auf die Bezeichnung „Rojava-Nordsyrien“, als sie am 17. März 2016 ihre Absicht über die Bildung einer Föderation für Nordsyrien kundtaten.

Zunächst hatten die Kurden es geschafft, in den Wirren des syrischen Bürgerkrieges eine „Oase des Friedens“ aufzubauen. Ziel war jedoch kein eigener Staat, sondern der Beginn eines demokratischen Syriens mit einer Selbstverwaltung in einem föderalen Land. Dazu gehörten auch Minderheitenschutz und politische Freiheiten für alle Bevölkerungsgruppen. Ab 2013 entstand eine eigene Selbstverwaltung mit einer Regierung, Quoten für die verschiedenen Minderheiten abhängig von deren Bevölkerungsanteil, Gleichberechtigung der Frau, Kulturzentren und einer eigenen Miliz und Polizei. Die Polizei⁶ und die *Volkverteidigungseinheiten (YPG)*⁷ haben Rojava-Nordsyrien in den vergangenen Jahren erfolgreich gegen den *Islamischen Staat (IS)* und andere Radikalismlisten verteidigt. Auch die *militärischen Fraueneinheiten (YPJ)*⁸ sind mit 30 bis 40 Prozent an den militärischen Strukturen beteiligt. Das gilt auch für die Polizei und die zivile Verwaltung. So ist es den Kurden und ihren Verbündeten, den *Syrian Democratic Forces (SDF)*, der arabischen Miliz

¹ Cazîra (Provinz Al-Hasakeh): Hier wird das Gebiet vom Euphrat bis zum Tigris inkl. Kobani gemeint.

² Deutsch: *Westkurdistan*.

³ Das Operationsgebiet der PKK ist zwar primär die Türkei, sie ist aber auch in den benachbarten kurdischen Gebieten aktiv.

⁴ Deutsch: *Syrisch-Kurdistan*.

⁵ Deutsch: *Der Westen*.

⁶ Kurdisch: *Asyayîş*.

⁷ Kurdisch: *Yekîneyên Parastina Gel*.

⁸ Kurdisch: *Yekîneyên Parastina Jinan*.

des *Schammar*-Stammes⁹ und der christlichen *Sutoro*-Miliz gelungen, nahezu die gesamte Provinz Al-Hasakeh im äußersten Nordosten von Syrien, die benachbarten Distrikte Tall Abyad¹⁰ und Kobani im Norden sowie Afrin¹¹ im äußersten Nordwesten Syriens unter ihre Kontrolle zu bringen und zu verteidigen.

Doch die Kurden stehen vor zahlreichen Problemen, die die aufgebaute Selbstverwaltung zunichtemachen könnten: Zum einen werden ihre Gebiete seit über zwei Jahren von Radikalislamisten angegriffen; die kriegesischen Auseinandersetzungen sind heftig und die Zivilbevölkerung wird immer öfter Ziel der radikalislamischen Kräfte. Zum anderen steht Rojava unter einem Embargo der lokalen Mächte: Im Süden gibt es die Blockade durch die Radikalislamisten, im Norden baut die Türkei eine Mauer und hält alle Grenzübergänge geschlossen. Auch die Grenze zu Irakisch-Kurdistan im Osten ist nicht ganz offen. Der Grenzübergang Fish Khabour (Sêmkala) ist unter der Kontrolle der *Demokratischen Partei Kurdistans (DPK Irak)* des irakisch-kurdischen Präsidenten Masud Barzani. Die Beziehungen zwischen der *DPK Irak* und der *PYD* bzw. der *PKK* sind gerade von einer heftigen Konkurrenz gekennzeichnet. Von diesem innerkurdischen Streit ist auch der Grenzübergang Sêmkala betroffen. Immer wieder wird der Grenzübergang geschlossen. Wenn überhaupt, können nur Einzelpersonen diese „kurdisch-kurdische“ Grenze mit einem Motorboot über den Tigris überqueren. Dieses totale Embargo hat fatale Folgen für die Zivilbevölkerung in Rojava-Nordsyrien: Medikamente und Lebensmittel werden immer knapper und die Menschen verarmen zunehmend. In Notunterkünften fehlen Brennstoffe für Heizung und das Kochen und es brechen Infektionskrankheiten aus.

2. Kurdische politische Parteien und ihre Differenzen

2.1 Die PYD

Die *Partei der Demokratischen Union (PYD)*¹² wurde 2003 auf Beschluss der *PKK* gegründet, der sie offiziell jedoch ausschließlich ideologisch, nicht organisatorisch, nahesteht, da sie ebenfalls Abdullah Öcalan als ihren geistigen Führer betrachtet. Der bewaffnete Arm der PYD, bestehend aus den Volksverteidigungseinheiten *YPG* und *YPJ*, ist aktuell eine der wichtigsten syrischen Milizen im Kampf gegen den *IS*. Das offizielle Ziel der *PYD* ist die Errichtung einer demokratischen Autonomieregierung in Nordsyrien, die de facto bereits seit 2012 existiert. Sie PYD will also eine autonome Region innerhalb existierender Grenzen errichten, die durch kommunale Basisorganisationen statt durch Staatlichkeit zusammengehalten wird. Innerhalb der Autonomieregion hat es sich die Partei zum Ziel gesetzt, „die Rechte und Freiheiten aller ethnischen, religiösen und anderen Minderheiten -

⁹ Arabisch: *Quwat as-Sanadid*.

¹⁰ Zur Provinz ar-Raqa gehörend.

¹¹ Afrin und Kobani gehören zu der Provinz Aleppo.

¹² Kurdisch: *Partiya Yekitiya Demokrat*.

Gruppen/Gemeinden - in einer allumfassenden und genauen Konstitution zu garantieren“. Die PYD hat eine Doppelspitze mit vorgeschriebener Frauenquote. Ihre Vorsitzenden sind Salih Muslim (seit 2010) und Asya Abdullah (seit 2012).

2.2 Der Kurdische Nationalrat in Syrien (KNCS)¹³

Ursprünglich gab es elf syrisch-kurdische Parteien, die wichtigste unter ihnen die *KDP-S*¹⁴, aber auch viele Splitterparteien, die den am 26. und 27. Oktober 2011 den Kurdischen Nationalrat in Syrien *KNCS* gründeten.

Im Juli 2012 hat der *KNCS* ein Abkommen über eine Zusammenarbeit mit der *PYD* geschlossen und das *Hohe Kurdische Komitee (DBK)*¹⁵ gegründet. Es bestand aus jeweils fünf Vertretern von *PYD* und *KNCS*. Auch im Oktober 2014 wurde in Duhok, Irakisch-Kurdistan, ein Abkommen zwischen dem *KNCS* und der *PYD* unterzeichnet. Der *KNCS* wirft der *PYD* immer wieder vor, sich nicht an die Abmachungen mit dem *KNCS* zu halten. Formell will der *KNCS* mit der *PYD* die Macht in Rojava-Nordsyrien nach der „Fifty-Fifty-Regel“ teilen. Er will außerdem eine eigene Miliz aufbauen. Dies lehnen die *PYD* und andere Parteien jedoch strikt ab. Stattdessen sollen gemeinsame zivile und militärische Strukturen gebildet werden. „Unter dem Druck der türkischen Regierung musste der *KNCS* damals den *DBK* verlassen. Der *KNCS* will mit der *PYD* gar nicht zusammenarbeiten“, kommentierte ein hochrangiger Politiker und ehemaliges Mitglied des *DBK*¹⁶. Die türkische Regierung unterhält gute Beziehungen zu dem Präsidenten Irakisch-Kurdistans Masud Barzani. Ankara dürfte dem *KNCS* über Barzani nahegebracht haben, jegliche Zusammenarbeit mit der *PYD* zu unterlassen. Tatsächlich stuft die türkische Regierung die *PYD* als eine „Terrororganisation“ ein und verbietet allen ihr nahestehenden Gruppierungen in Syrien, mit der *PYD* bzw. mit der *YPG* zu kooperieren. Auch den mit Ankara „befreundeten“ Regierungen will der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan verbieten, eine Kooperation mit der *PYD* einzugehen. Erdogan stellt selbst die USA vor die Wahl: „Bin ich euer Partner oder sind es die Terroristen?“¹⁷ Mit „Terroristen“ meint Erdogan die *PYD* bzw. die *YPG*.

Inzwischen haben die wichtigsten Organisationen dem *KNCS* den Rücken gekehrt, darunter zwei syrisch-kurdische Parteien: 1. *die Kurdische Demokratische Fortschrittspartei*¹⁸: Ihr Präsident ist Abdulhamid Haji Darwish, der dienstälteste syrisch-kurdische Politiker und einer der Gründer der ersten kurdischen Partei in Syrien. 2. *die Kurdische Demokratische*

¹³ Kurdisch: Encûmena Nîştimanî ya Kurdî li Sûriyeyê.

¹⁴ *KDP-S: Demokratische Partei Kurdistans (Syrien)*.

¹⁵ Kurdisch: *Desteya Bilind a Kurd*.

¹⁶ Gespräch mit dem Autor am 23.03.2016 in Qamischli.

¹⁷ www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2016-02/turkei-kurden-usa-recep-tayyip-erdogan [aufgerufen am 18.05.2016].

¹⁸ Kurdisch: *Pêshverû*.

*Einheitspartei in Syrien*¹⁹ von Muhiddin Sheikhali. Beide Politiker leben immer noch in Syrien: Abdulhamid Haji Darwish in Qamischli und Muhiddin Sheikhali in Afrin.

3. Ablauf der Reise und die ersten Eindrücke von den besuchten Regionen

Drei Wochen lang, vom 12. März bis zum 03. April 2016, reiste der Autor durch das Krisengebiet zwischen Euphrat und Tigris. Besucht wurden unter anderem die Städte Kobani, Qamischli, Amuda, Tall Abyad und Al-Hasakeh.



Vom Autor besuchte Städte während seiner Reise durch Nordsyrien

Dort gab es die Möglichkeit, Vertreter fast aller in Nordsyrien aktiven Parteien, Organisationen und Vereine zu treffen und mit einigen Interviews führen. Er traf:

- Al-Majd, Abu (*Sutoro-Miliz*)
- Al-Salum, Mansour (Araber, Vorsitzender des *Exekutiven Föderalismusrates* Rojava-Nordsyrien)
- Azzam, Hussein (Araber, Vizepräsident des *Exekutiven Rates* der Autonomiebehörde in Cazîra)
- Bave Alan, Ahmad (Chefredakteur der Zeitung *Buyer*)
- Bro, Ibrahim (Chef des *KNCS*)
- Daoud, Daoud (Christ, *Assyrische Demokratische Union*)
- Gado, Salih (*Linke Demokratische Partei*)

¹⁹ Kurdisch: *Yekiti/Al Wahda*.

- Hajnuri, Omar (*Komela Newroz*)
- Hasso, Akram (parteilos, Präsident des *Exekutiven Rates* der Autonomiebehörde in Cazîra)
- Haji Berko, Sirwan (Gründer des Radios *arta.fm*)
- Hami, Ismail (*Yekiti*-Partei)
- Ibrahim, Ciwan (Chef der Polizei, kurd.: *Asyayîş*)
- Ismail, Ahmad (*DPK*-Syrien)
- Khalil, Abir (Abteilungsleiterin der Gefängnisse in Rojava)
- Khalil, Aldar (Führungsmitglied von *TEV-DEM*)
- Koriyeh, Elizabeth (Christin, *Suryoye*-Einheitspartei)
- Muslim, Anwar (Präsident des Kantons von Kobani)
- Mashaikh, Mustafa (*Al Wahda*-Partei)
- Osman, Amjad (Gleichheitspartei)
- Saydo, Ilyas (Vorsitzender des Vereins *Mala Êzdiya* - dt.: *Yezidisches Haus*)
- Silo, Talal (Turkmene, Sprecher der *SDF*)
- Sulaiman, Ahmad (ehemaliger Sprecher des *Kurdischen Hohen Rats* und Politbüromitglied der *Pêshverû*-Partei)
- Xarzi, Mohammad (Präsident der Islamgelehrten von Rojava)
- Zinar, Fidan (*YPG* in Kobani)
- Vertreter des Vereins *Gemeinsam für Amuda*
- Vertreter des *KNCS*
- Vertreter des *Komala Newroz* (Amuda)
- Repräsentant der *Kommunistischen Partei Kurdistans*
- Vertreter der *PYD*
- viele andere Vertreter der zivilen Gesellschaft, der Minderheiten (Kurden, Araber, Armenier, Assyrier/Aramäer/Chaldäer, Turkmenen, Muslime, Yeziden, Christen) sowie Journalisten

Die meisten dieser Parteien und Vereine verfügen über eigene Büros.

Nach dem Grenzübertritt nach Rojava bei Sêmalka ging die Reise am 13.03.2016 weiter über Qamischli nach Amuda. In Amuda befinden sich die wichtigsten Einrichtungen der

Autonomieverwaltung der Region. In der darauffolgenden Zeit besuchte der Autor Qamischli, aber auch die Provinzhauptstadt Al-Hasakeh.



Überfahrt am Grenzübergang Sê Malka über den Tigris

Mitte der 1930er Jahre lebten in Al-Hasakeh, dem nordöstlichen syrischen Gouvernement, etwa 42.000 Araber (vorwiegend Viehzüchter), 82.000 Kurden (vorwiegend Bauern) und 32.000 Christen (Händler und Handwerker), die größtenteils in den Städten wohnten. 1962 war die Zahl der Einwohner im Gouvernement auf 340.000 gestiegen. Im gleichen Jahr kam es zu einer Sondervolkszählung. Im Laufe der von der Regierung in Damaskus verordneten Maßnahme wurden etwa 120.000 Kurden ausgebürgert. Derzeit liegt die Einwohnerzahl der Region einschließlich der vielen Bürgerkriegsflüchtlinge bei schätzungsweise 1.300.000.

3.1 Einzelne Stationen der Reise

3.1.1 Amuda



Syrisch-orthodoxe Lehmkirche in Amuda

Die Stadt Amuda hatte vor 2011 etwa 50.000 Einwohner, überwiegend Kurden. Die Zahl der Menschen, die dort heute leben, ist unbekannt, da viele Kurden ausgewandert und eine Vielzahl von arabischen Flüchtlingen aus den im Süden liegenden Kampfgebieten in Amuda Zuflucht gesucht haben. In der ganzen Stadt befinden sich noch zehn Christen, deren aus Lehm errichtete syrisch-orthodoxe Kirche zwar noch steht, Gottesdienste werden dort aber nicht mehr abgehalten.

In Amuda führte der Autor mehrere Interviews mit Mitarbeitern des Radiosenders *arta.fm*. *Arta.fm* sendet in vier Sprachen: Kurdisch, Arabisch, Aramäisch und Armenisch. Es handelt sich um einen sehr gut funktionierenden alternativen Radiosender. Er wurde im Juli 2013 von Sirwan Haji Berko gegründet.



Das Radioteam von *arta.fm*

Nach der Rückkehr des Autors aus Nordsyrien nach Deutschland haben bewaffnete und maskierte Männer in der Nacht vom 26. auf den 27. April die anwesenden Mitarbeiter des Radiosenders mit dem Tode bedroht und das Hauptstudio in Brand gesetzt. Einige oppositionelle Parteien in Nordsyrien machten die autonome Selbstverwaltung in Rojava-Nordsyrien für diese Tat verantwortlich. Diese verurteilt jedoch den feigen Überfall auf *arta.fm* „aufs Schärfste“ und versprach eine rasche Aufklärung.²⁰ Inzwischen sollen zwei Täter festgenommen worden sein. Der Sender hat seine Arbeit wieder aufgenommen.

²⁰ <http://www.buyerpress.com/?p=37051> [aufgerufen am 18.05.2016].

3.1.2 Kobani

Das westlichste Ziel der Reise war die Stadt Kobani.²¹ Dort fand am 21. März 2016 das kurdische Neujahrfest *Newroz* statt. Vor 2011 lebten in der Stadt Kobani rund 54.000 Menschen, von denen die allermeisten Kurden waren. Der gleichnamige Bezirk Kobani gehört administrativ nicht zu Al-Hasakeh, sondern zu Aleppo und umfasst 384 Dörfer. Er hatte 2004 nach Angaben der syrischen Regierung knapp 200.000 Einwohner. Ihre Zahl hatte sich auch im Zuge des derzeitigen Bürgerkriegs nahezu verdoppelt. Der Ort Kobani ist 1912 im Zuge der Bauarbeiten der Bagdad-Bahn entstanden. Drei Jahre später siedelten sich auch armenische Flüchtlinge in Kobani an.



Beliebtes Fotomotiv: Schild „Willkommen in Kobani“ (Kurdisch: „Hûn bi xêr hatin Kobanê“)

Vom 15. September 2014 bis 26. Januar 2015 waren die Stadt bzw. die Region Kobani umkämpft. Der *IS* versuchte, die Stadt zu erobern. Nur ein kleines Wohnviertel konnte von den kurdischen Verteidigern gehalten werden. Nach monatelangen blutigen Häuserkämpfen erhielten die Kurden Luftunterstützung und Waffen von den USA. Die türkische Regierung verweigerte den Einkesselten bis Anfang November jegliche Hilfe. Schließlich erlaubte Ankara unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit 150 kurdischen *Peschmerga*-Kämpfern aus Irakisch-Kurdistan, nach Kobani zu kommen, um die Verteidiger zu

²¹ Arabisch: *Ain al-Arab*.

unterstützen. Schließlich gelang es den Kurden im Januar 2015, die Einheiten des *IS* vollständig aus Kobani zu vertreiben.

1.000 bis 1.500 kurdische Kämpfer und etwa 500 Zivilisten haben in der Schlacht um Kobani ihr Leben verloren. Rund 5.000 Menschen wurden verwundet und in Notkrankenhäusern oder in den kurdischen Gemeinden der angrenzenden Türkei versorgt. Immer wieder hatten die türkischen Behörden den Kurden die Behandlung in der Türkei verweigert. Nicht selten mussten Verwundete tagelang am Grenzübergang warten und einige sind deswegen sogar verblutet. Die rund 400.000 Einwohner der Stadt und des Kreises Kobani sind während der Kämpfe fast alle geflohen. Aus Flüchtlingslagern oder Privatquartieren in der mehrheitlich kurdischen Südosttürkei kehren wöchentlich trotz katastrophaler Verhältnisse etwa 1.000 Menschen nach Kobani zurück. Viele sind jedoch auch weiter nach Europa geflüchtet, da ihre Stadt zu 80 Prozent zerstört ist.



Familien gedenken ihrer im Krieg um Kobani getöteten Angehörigen

Es gibt vor Ort nur zwei notdürftig eingerichtete Krankenhäuser: ein ziviles und ein militärisches. Der Grenzübergang von der Türkei nach Kobani wird nur etwa zweimal pro Woche und nur für Rückkehrer geöffnet. Nach Angaben des Präsidenten des Kantons Kobani, Anwar Muslim²², sind bereits 250.000 Menschen nach Kobani und in die umliegenden Dörfer zurückgekehrt.

Während des von zehntausenden Kurden und ihren Freunden gefeierten *Newroz*-Fests in Kobani führte der Autor mehrere Interviews mit Politikern und Bürgern. An diesem Tag plante der *IS* Anschläge auf die Feierlichkeiten. Wie später berichtet wurde, versuchte die

²² Interview mit dem Autor am 21.03.2016 in Kobani.

Terrorgruppe zwei Autobomben in die Stadt zu schleusen, welche jedoch kurz vor Kobani entdeckt wurden. Die *IS*-Stellungen befinden sich etwa 60 Kilometer südlich der Stadt.



Frauen und Kinder auf dem Weg zum Newroz-Fest

3.1.3 Tall Abyad

Nach zwei Tagen Aufenthalt in Kobani ging es am 22. März über Tall Abyad, das überwiegend von arabischen Sunniten bewohnt ist, wieder zurück nach Amuda bzw. Qamischli. Dies geschah erneut unter dem Schutz vom kurdischen Militär, da vermutet wird, dass noch viele arabische Sunniten in Tall Abyad zum *IS* halten. Daher wird Zivilisten, vor allem Ausländern, dringend empfohlen, Tall Abyad nur bei Tageslicht und in militärischer Begleitung zu passieren. Die Verbindung zwischen Kobani im Westen und Qamischli im Osten wurde erst im Juni 2015 wieder hergestellt, nachdem die *YPG* und ihre Verbündeten den *IS* aus Tall Abyad vertrieben hatten.

Tall Abyad²³ als Distrikt und als gleichnamige Distrikthauptstadt gehört dem syrischen Gouvernement ar-Raqqa an und liegt direkt an der türkischen Grenze gegenüber der türkischen Stadt Akcakale. Unter dem Assad-Regime wurden der Distrikt und die Stadt Tall Abyad aufgrund ihrer strategischen Lage einer besonders scharfen Arabisierungspolitik unterzogen. Das Gebiet ist eine der Regionen, aus der viele Kurden ab den 1960er Jahren vertrieben worden sind. Im Jahr 2004 hatte Tall Abyad etwa 15.000 Einwohner - Araber, aber auch noch immer Kurden und syrische Christen. 2013 wurden nahezu alle Kurden und Christen vom *IS* sowie anderen Gruppen der syrischen pro-türkischen Opposition aus Tall

²³ Kurdisch: *Girê Spî*.

Abyad vertrieben. Viele Häuser von Kurden wurden zerstört und ihr Eigentum beschlagnahmt. Im Februar 2015 starteten kurdische Truppen einen Großangriff auf die vom *IS* besetzte Stadt. Im Juni 2015 kam es zu heftigen Kämpfen. Die Kurden und die mit ihnen verbündeten Araber konnten den *IS* aus Tall Abyad vertreiben. Wie Kurden und Araber berichteten, hatte die türkische Regierung die Radikalislamisten unterstützt.



Reiseschutz durch kurdisches Militär

Da Tall Abyad nun wieder in Hand der Kurden und ihrer arabische Verbündeten ist, wurde die Verbindung zwischen der Türkei und ar-Raqqa, wo sich die Hauptstadt des *IS* befindet, gekappt. Dies war ein ebenso schwerer Schlag für die türkische Syrien-Politik wie die Beendigung der Einkesselung von Kobani. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan war nach dieser militärischen Entwicklung sehr nervös, denn er will eine von Kurden verwaltete Region direkt an seiner Grenze verhindern. Erdogan hat die USA aufgefordert, sich zwischen der Türkei und den „Terroristen“ zu entscheiden. Im Kampf um Tall Abyad, wie auch um Kobani, gaben die USA der kurdischen *YPG* Luftunterstützung. In diesem Zusammenhang warfen die türkische Regierung und mit ihr loyale syrische Oppositionelle der *YPG* vor, Araber und Turkmenen aus Tall Abyad vertrieben zu haben. Diese Vorwürfe können vom Autor nicht bestätigt werden.

3.1.4 Al-Hasakeh

Das nächste Ziel der Reise des Autors war nach Kobani die Stadt Al-Hasakeh, in der das syrische Regime ebenso wie in Qamischli teilweise präsent ist. Vor 2011 lebten dort etwa 175.000 Menschen. Im Raum von Al-Hasakeh besuchte der Autor die Zentrale der *Syrian Democratic Forces (SDF)* und interviewte deren Sprecher Talal Silo. Die *SDF* sind ein Zusammenschluss aus kurdischen, arabischen, assyro-aramäischen und turkmenischen Kräften in Rojava-Nordsyrien, in dem die *YPG* eine führende Rolle einnimmt.

Al-Hasakeh war einer der ersten Orte, an denen die syrische „Revolution“ ausbrach, und ist damit der erste kurdische Ort, der sich auf Seiten der Rebellen positionierte. Nach mehreren Zusammenstößen zwischen islamistischen Gruppierungen und der YPG im Juli 2013 waren kurdische Aktivisten sehr enttäuscht von der arabischen sunnitischen Opposition, die sich in Al-Hasakeh auf die Seite der Radikalislamisten stellte. Ab 2013, als der IS begonnen hat, Al-Hasakeh anzugreifen und von der YPG zurückgeschlagen wurde, zogen sich die Regierungstruppen auf vereinzelte Kasernen zurück. Durch den erfolgreichen Kampf gegen den IS im Raum Al-Hasakeh ist es der YPG gelungen, ihre Position in dieser Region zu festigen.



YPG-Fahnen in Al-Hasakeh

3.1.5 Das Regime in Qamischli und in Al-Hasakeh

Die multi-ethnische und multi-religiöse Stadt Qamischli wird militärisch hauptsächlich von Kurden kontrolliert. Dort lebten etwa 200.000 Menschen. 40.000 von ihnen sollen Christen gewesen sein, die jedoch bereits zur Hälfte die Stadt verlassen haben sollen.

Die YPG, *Asyayîş* und andere bewaffnete Verbände, die mit der PYD verbündet sind, herrschen in Qamischli. Zudem existieren hier auch christliche und arabische Milizen. In Qamischli sowie in Al-Hasakeh, der Provinzhauptstadt, ist aber auch noch das Regime präsent, welches u.a. den Flughafen in Qamischli kontrolliert. Darüber sprach der Autor mit mehreren Anwohnern. Die überwiegende Mehrheit der Gesprächspartner, nicht nur Politiker, sondern auch einfache Bürgerinnen und Bürger, sehen die Präsenz des Regimes in Qamischli eher positiv. Die meisten sind sich einig, dass der Flughafen unbedingt bestehen bleiben muss. Viele betonten die Bedeutung der staatlichen Strukturen in der Region: „Wenn Assads Herrschaft in Damaskus fällt, wird der Rest des Regimes automatisch auch in Qamischli und in Al-Hasakeh fallen. Nach dem, was passiert ist, müssen wir realistisch

denken und auch handeln“, sagte eine 60 Jahre alte kurdische Lehrerin. Ferner fühlen sich viele Araber, aber auch Assyrer/Chaldäer/Aramäer und Armenier durch die Anwesenheit des Regimes sicherer. Die neu entstandene Autonomieverwaltung muss sich noch mehr bewähren. Die YPG und Asyayîş sorgen bereits bestens für Sicherheit und Ordnung, aber eine funktionierende Verwaltung braucht ein intaktes wirtschaftliches und politisches Leben. Und dabei kommt Rojava nur sehr langsam voran. Die Verteidigungspolitik und Schutzmaßnahmen im Krieg gegen die Radikalismlisten werden von der Mehrheit der Bevölkerung sehr geschätzt. Das politische Verhalten der autonomen Selbstverwaltung, insbesondere ihre Wirtschaftspolitik, wird hingegen oft kritisiert.



Innenstadt von Qamischli

Viele Gesprächspartner in Qamischli bestätigten dem Autor gegenüber, dass die Autonomieverwaltung bessere Überlebenschancen hätte, wenn sich der KNCS an der Verwaltung beteiligte. Hier müssten beide Seiten aufeinander zukommen: Die PYD sollte sich politisch mehr öffnen und der KNCS müsse sich von der anti-kurdischen Politik des türkischen Staates und der *Syrischen Nationalen Koalition* distanzieren. Es wurde betont, dass die in der Provinz Al-Hasakeh bestehenden staatlichen Strukturen in keinem Fall zerstört werden sollten. Nach der Assad-Diktatur dürfe in Syrien kein islamistisches Regime entstehen. Viele sagten, dass es nicht zielführend sei, die letzten Regimetruppen aus dem Gebiet zu vertreiben. Langfristig gesehen könnten diese zwar ein Problem darstellen, aktuell

aber sei der Hauptfeind nur der *IS*. Im Notfall müsse man auch bereit sein, gemeinsam mit dem Regime gegen radikalislamistische Gruppen zu kämpfen. Das Regime verhalte sich zudem weitestgehend „harmlos“ und die Bevölkerung fühle sich aktuell durch die Regimetruppen sicherer. Auch die Mehrheit der Kurden spricht sich zum jetzigen Zeitpunkt (April 2016) gegen deren Vertreibung aus. Zudem zahlt das Regime, wenn auch wenig, Gehalt.



Die Fahnen des Regimes wehen noch in Al-Hasakeh

Auch wenn das *Zentrale Staatliche Elektrizitätsnetz (ZSE)* noch weitgehend intakt ist, gehört die Elektrizität zu den größten Problemen in Nordsyrien. Ohne die Aufrechterhaltung einer notwendigen Infrastruktur durch das Regime, gäbe es in Qamischli gar keine oder eine kaum bezahlbare Stromversorgung. So liefert das ZSE Strom in der Regel für eine Stunde am Tag. Da die staatlichen Behörden in Rojava nicht mehr existieren, muss für den „Regime-Strom“ nicht mehr bezahlt werden. Die restliche Zeit werden die Haushalte durch Dieselgeneratoren versorgt. Dafür bezahlt jeder Haushalt je nach Verbrauch. Haushalte, die über keinen eigenen Generator verfügen, werden über Elektrogeneratoren von privaten Firmen mit Strom versorgt. Diese Firmen verkaufen Strom „amperweise“ zu hohen Preisen. Eine Familie oder auch eine alleinstehende Person benötigt mindestens zwei Ampere, um nur zwei Lampen oder ein Fernsehgerät betreiben zu können; für eine Waschmaschine, eine Wasserpumpe oder einen Herd reichen diese nicht aus.

Diese und andere Gründe sprechen dafür, dass die Vertreibung des syrischen Regimes aus Qamischli und aus der ganzen Provinz Al-Hasakeh, wenn überhaupt, ausschließlich mit friedlichen Mitteln erfolgen sollte. Zu groß ist die Gefahr eines „kurdisch-arabischen“ Krieges. Ein solcher ethnischer Konflikt hätte für die gesamte Zivilbevölkerung, insbesondere für die kleinen christlichen Gemeinschaften in der Region, katastrophale Folgen. Nicht nur das Regime in Damaskus, sondern auch viele andere Akteure wie die türkische Regierung, der Iran, der IS, arabische Nationalisten und Islamisten aus den Reihen der oppositionellen *Syrischen Nationalen Koalition* hätten bei solch einem Konflikt ein unmittelbares Interesse daran, ihre geopolitischen Interessen durchzusetzen.



Stromversorgung durch Dieselgeneratoren

3.1.6 Afrin: die kurdische Enklave im Westen

Die Region Afrin hatte der Autor im Februar 2015 besucht. Die Stadt Afrin liegt ca. 55 Kilometer nordwestlich von Aleppo, im Flusstal des gleichnamigen Flusses Afrin. Schätzungen zufolge hatte die Stadt Afrin vor dem syrischen Bürgerkrieg zwischen 44.000 und 80.000 Einwohner. Heute sollen in der Region Afrin nahezu eine Million Menschen leben, die Hälfte davon sind Flüchtlinge, vor allem aus Aleppo. Von den drei Hauptstädten der Enklaven ist Afrin die einzige, die nicht direkt an der Grenze zur Türkei, sondern noch circa 25 Kilometer davon entfernt liegt. In der Region befinden sich noch sieben weitere kleinere Städte. Die meisten Kurden in Afrin sind sunnitische Muslime; es gibt jedoch auch ein kurdisch-alawitisches Dorf sowie einige zehntausend Yeziden in verschiedenen Dörfern.

Diese liegen vor allem an der Außengrenze des Bezirkes Afrin, die immer wieder von den Radikalslamisten aber auch vom türkischen Militär beschossen wird.



Das Rathaus von Afrin: Hier stand bis 2012 ein Denkmal von Bashar al-Assad

4. Menschenrechtssituation

In Amuda besuchte der Autor die Zentrale der kurdischen Partei *Yekiti* und sprach mit dem Mitglied des Politbüros dieser Partei, Herrn Anwar Naso. Die *Yekiti*-Partei gehört dem *Kurdischen Nationalrat in Syrien (KNCS)* an. Naso war kurz zuvor von der Autonomiebehörde festgenommen und wieder freigelassen worden. Die Autonomiebehörde behauptet, Naso habe versucht, eine illegale Miliz zu bilden. Er hingegen ist davon überzeugt, wegen seiner politischen Ansichten festgenommen worden zu sein. Inzwischen befindet sich Naso wieder in Haft (Stand 08.06.2016). Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) reagierte mit einem Appell an die Verwaltung, ihn wieder freizulassen.

Der *KNCS* ist wiederum ein Teil der *Nationalen Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte (Syrische Nationale Koalition)*, die vor allem von der türkischen Regierung und Saudi-Arabien politisch und diplomatisch unterstützt wird. Ferner ist diese *Syrische Nationale Koalition* eine quasi-politische Vertretung der „moderaten“ islamistischen bewaffneten Gruppen wie die *Al-Tawhid*-Brigaden, der *Ahrar al Sham* und die *Syrische Islamische Front (SIF)*, die gemeinsam mit dem syrischen Ableger von *Al Kaida*, der *Al Nusra-Front*, gegen die Armee des Regimes kämpfen. Diese Gruppen verfolgen auch Kurden,

Christen, Yeziden und andere Minderheiten. Die *Syrische Nationale Koalition* und der *KNCS* lehnen die autonome Selbstverwaltung in Rojava-Nordsyrien strikt ab und wollen sie mit allen Mitteln zerstören. Dieser Umstand macht das Verhältnis zwischen der *PYD* und dem *KNCS* noch schwieriger. In vielen ihren Erklärungen wirft die *PYD* dem *KNCS* vor, auch direkt an Angriffen gegen die kurdischen Stellungen beteiligt zu sein. Der *KNCS* widerspricht dieser Darstellung der *PYD* und wirft ihrerseits der *PYD* vor, mit dem syrischen Regime zusammenzuarbeiten und die kurdischen nationalen Ziele durch ein von ihr propagiertes multi-ethnisches und multi-religiöses Autonomieprojekt verraten zu haben. Wie eng die *PYD* mit dem Regime in Damaskus kooperiert, ist unklar. Fest steht aber, dass die *PYD* und das Regime gemeinsame Feinde haben: die radikalislamistischen Gruppen und die türkische Regierung. Es ist anzumerken, dass sich die *PYD* in ihren öffentlichen Erklärungen zu den Zielen der syrischen Revolution bekannt hat und „das syrische Regime mit allen seinen diktatorischen Institutionen stürzen will“²⁴. Die *Syrische Nationale Koalition*, die türkische Regierung und die bewaffneten islamistischen Gruppen betreiben in der Tat eine minderheitenfeindliche Politik.

4.1 Besuch eines Gefängnisses

In Qamischli erhielt der Autor von dem Leiter der *Asyayîş* (Polizei), Ciwan Ibrahim, die Erlaubnis, das Gefängnis im Stadtteil *Qanat al Suwês* zu besuchen. Zuvor wurde ein Interview mit der Abteilungsleiterin der Gefängnisse in Rojava, Frau Abir Khalil, geführt. Die Frage, ob es geheime Gefängnisse in Rojava gebe, beantwortete sie mit „nein“. Auch die Existenz von politischen Gefangenen dementierte sie. Darauf entgegnete der Autor etwas provokant, dass alle Machthaber die Existenz von geheimen Gefängnissen verheimlichten.



Eine Gefängniszelle in Qamischli

²⁴ www.pydrojava.com [aufgerufen am 18.05.2016].

Im Kanton Cazîra (Al-Hasakeh) gebe es drei zentrale Gefängnisse, führte Frau Khalil aus. Ferner verfügt jede große Polizeistation über Arrestzellen für Untersuchungshäftlinge. Im Gefängnis *Qanat al Suwês* saßen rund 225 Gefangene.

Dort gab es die Möglichkeit, mit den Gefangenen zu sprechen. Für die Gefängnisleitung und die Gefängniswächter durfte der Autor einen 15-minütigen Vortrag über die Bedeutung einer menschenwürdigen Behandlung von Gefangenen und die Verachtung von Folter in Haftanstalten halten. Es wurde gestattet, in der Zelle zu fotografieren, ohne jedoch die Gesichter der Gefangenen zu zeigen. Der Zustand des Gefängnisses erschien zufriedenstellend.

4.2 Die Lage der Minderheiten

4.2.1 Christen

In Al-Hasakeh besuchte der Autor die Zentrale der christlichen Miliz *Sutoro*. Hierbei handelt es sich um eine christliche aramäisch-assyrische Miliz, die im Nordosten Syriens, vor allem in der Provinz Al-Hasakeh, aktiv ist. Sie ist der *Suryoyo-Einheitspartei (SUP)*²⁵, eine mit der *PYD* verbündete Organisation, untergeordnet. *Sutoro* soll über mindestens 1.000 Kämpfer verfügen.



Kämpferinnen der christlichen *Sutoro*-Miliz

In Al-Hasakeh interviewte der Autor eine Armenierin, deren Eltern den Völkermord von 1915 überlebt hatten. Um das Jahr 2011 sollen in der gesamten Provinz Al-Hasakeh 150.000 Christen gelebt haben, von denen seitdem mindestens die Hälfte ausgewandert ist.

²⁵ Die *SUP* ist eine politische Partei in Syrien, die nach eigenen Angaben die Interessen des assyrisch/aramäischen Volkes vertritt.

Während seines Aufenthaltes in Al-Hasakeh bzw. in Qamischli traf der Autor Vertreter assyro-aramäischer Organisationen. Die *Assyrische Demokratische Union (ADO)* ist eine assyrische Organisation in Syrien sowie in Europa, die im Jahre 1957 gegründet wurde. Die Organisation kämpft nach eigener Darstellung für den Schutz und die Erhaltung der Interessen und Minderheitenrechte des assyrischen Volkes. Sie engagiert sich in der von den syrischen Islamisten unterwanderten *Syrischen Nationalen Koalition*. Der Autor führte mit Daoud Daoud, einem Führungsmitglied der ADO, ein Interview.

Auch Elizabeth Koriyeh von der SUP wurde - noch in Qamischli – in einem langen Interview zur Situation befragt. Sie ist Vize-Präsidentin des *Exekutiven Rates* der Autonomiebehörde im Kanton Cazîra. Die Partei wurde am 1. Oktober 2005 gegründet und tritt seit dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges als Opposition zur Assad-Regierung auf. Im Gegensatz zur ADO arbeitet die SUP eng mit der PYD zusammen und ist an allen politischen, administrativen und militärischen Strukturen der Autonomiebehörde in Rojava beteiligt.

Die Staatsform im zukünftigen Syrien ist für Christen von existenzieller Bedeutung. Das ist der Grund, warum viele Christen in Rojava-Nordsyrien, die autonome Selbstverwaltung unterstützen. Viele oppositionelle Gruppen wollen „mehr Islam“ in allen Strukturen des syrischen Staates. „Wir wollen aber ein demokratisches, pluralistisches, dezentrales, säkulares System in Syrien, das die Rechte alle Minderheiten garantiert“, sagte Abu Al-Majd, Angehöriger der christlichen *Sutoro*-Miliz aus Al-Hasakeh.²⁶ Die Selbstverwaltung in Rojava garantiert die sprachlichen und kulturellen Rechte der christlichen Assyrer/Chaldäer/Aramäer. Die staatlichen Behörden der autonomen Selbstverwaltung verwenden in der Regel drei Sprachen: Arabisch, Kurdisch und Aramäisch. Diese Gleichberechtigung ist sehr wichtig, besonders für Aramäisch. Diese Sprache, die zu den bedrohten Sprachen gehört, findet in Rojava immer mehr Beachtung. Auch wenn Christen zahlenmäßig sehr wenige sind, ist Aramäisch als amtliche Sprache in der Region eingeführt worden. Die Schilder der Behörden der Autonomiebehörde sind z.B. auch auf Aramäisch. Auch in den christlichen Dörfern stehen mittlerweile dreisprachige Straßenschilder.

4.2.2 Yeziden

Auf dem Rückweg von Al-Hasakeh nach Amuda besuchte der Autor am 25. März einige verlassene yezidische Dörfer. Ein Großteil der Einwohner dieser yezidischen Dörfer ist bereits vor Jahren nach Deutschland und in andere EU-Länder ausgewandert.

Im Dorf Qizlacho nicht weit von Amuda entfernt war der Autor mit Yeziden verabredet. Unter ihren Gästen waren auch einige Yeziden aus Deutschland, die auf dem Weg nach Sinjar im Irak waren.

²⁶ Interview mit dem Autor am 25.03.2016 in Al-Hasakeh.

In Qizlacho sollen früher 30 Familien gelebt haben. Heute sind es nur noch zehn. Der Vorsitzende des Vereins *Yezidisches Haus*²⁷, Ilyas Saydo, berichtete im Interview, dass es in der Provinz Al-Hasakeh rund 52 Dörfer gegeben habe, in denen Yeziden lebten. Viele dieser Dörfer sind heute nicht mehr bewohnt. Die Zahl der in der Region verbliebenen Yeziden schätzte Saydo auf etwa 3.000 Personen.



Leerstehende Häuser geflohener Yeziden

Die Yeziden sind in Syrien eine der zahlenmäßig kleinsten Minderheiten, die ursprünglich vermutlich 30.000 bis 60.000 Angehörige hatte. Bereits zwei Drittel der syrischen Yeziden haben ihre Dörfer verlassen und sind ins Ausland geflüchtet. In Syrien siedeln sie in zwei Gebieten im kurdischen Norden: im Distrikt Al-Hasakeh und in den Dörfern um Afrin, einer kurdischen Stadt nordwestlich von Aleppo. In Al-Hasakeh waren etwa 60 Prozent der Yeziden staatenlos, nachdem die syrische Regierung im Jahre 1962 durch das *Ausnahmegesetz Nr. 93* über 120.000 Kurden ausgebürgert hatte. Diesen Menschen wurden sämtliche bürgerliche Rechte entzogen.

4.2.3 Araber

In Tall Alo in der Nähe von Rumailan, nicht weit von der irakischen Grenze, besuchte der Autor den Sitz von Scheich Humaidi Daham al-Hadi. Er ist das Oberhaupt des sunnitisch-arabischen Schammar-Stammes in Syrien und Präsident des Kantons von Cazîra.

²⁷ Kurdisch: *Mala Êzdiya*.



Besuch bei Scheich Humaidi Daham al-Hadi in Tall Alo

Eine besondere Stellung nehmen die sogenannten *Ghamar*²⁸-Araber ein. Angehörige dieser Volksgruppe wurden Anfang der 1970er-Jahre aus dem Euphrat-Tal aus Zentralsyrien wegen des Baus des Euphrat-Staudammes von dem Regime in Damaskus in das mehrheitlich von Kurden bewohnte Gebiet, in der Provinz Al-Hasakeh, angesiedelt. Nach 2011, als es in Syrien zu Unruhen kam, fordern einige Kurden immer wieder von der autonomen Selbstverwaltung, diese Personen aus ihren jetzigen Siedlungen zu vertreiben. Die autonome Selbstverwaltung lehnt dies jedoch entschieden ab. Durch die Bürgerkriegsflüchtlinge aus den umkämpften arabischen Regionen im Süden hat sich die Anzahl der Araber in Rojava-Nordsyrien fast verdoppelt.

5. Flüchtlingssituation

In der Provinz Al-Hasakeh gibt es mindestens drei Flüchtlingscamps. Die meisten Flüchtlinge kommen jedoch privat unter. In den Flüchtlingslagern leben zehntausende Menschen. In Einzelgesprächen haben Vertreter der autonomen Selbstverwaltung immer wieder an die deutsche und andere europäischen Regierungen appelliert, den Flüchtlingen vor Ort zu

²⁸ Deutsch: *Überflutung*. So heißen Araber, deren Siedlungsgebiet durch den Staudamm überflutet wurde.

helfen. „Wir brauchen dringend Unterstützung im medizinischen Sektor, bei der Bereitstellung von Trinkwasser und Elektrizität und im Bereich Erziehung. Außerdem müssen die Straßen dringend saniert werden“, sagte Hussein Azzam, Vize-Präsident des *Exekutiven Rates* der Autonomiebehörde in Cazîra, der seinen Sitz in Amuda hat. Da die Grenzübergänge von der Türkei und vom Irak nach Rojava faktisch geschlossen sind, sind kaum Hilfsorganisationen vor Ort. Aus diesem Grund ist die medizinische Situation in den drei Flüchtlingslagern sowie in Rojava insgesamt sehr schlecht. Besonders chronisch Kranke, wie Diabetiker oder Dialyse-Patienten, leiden extrem unter dem großen Mangel an Medikamenten. Es fehlen auch Antibiotika und Impfstoffe. Da aus den umkämpften Regionen immer mehr Binnenflüchtlinge in Rojava ankommen, verschlechtert sich die Situation weiter.

Niemand weiß, wie viele Menschen Zuflucht in Rojava gefunden haben. Man geht insgesamt von mindestens 500.000 Flüchtlingen in Al-Hasakeh aus. Hinzu kommen etwa 300.000 bis 500.000 in Afrin. Diese Zahlen ändern sich ständig. Viele Menschen wandern über die Türkei und Irakisch-Kurdistan nach einer bestimmten Aufenthaltszeit weiter nach Deutschland und Europa. 2012 soll die Zahl der Binnenflüchtlinge, die in Rojava Zuflucht fanden, mehr als 1.300.000 Millionen betragen haben. Viele der Flüchtlinge wurden damals bei Verwandten untergebracht, einige lebten jedoch in großen Gebäuden wie Turnhallen oder Schulen.

Viele Menschen in Rojava-Nordsyrien sind irritiert bis wütend auf die Syrien-Politik des Westens. In Gesprächen mit Christen wurde der Autor oft danach gefragt, „aus welchem Grund Deutschland, die EU und die USA die Islamisten und die türkische Regierung unterstützen“. Die überwiegende Mehrheit der Christen in Syrien ist der Meinung, dass westliche Regierungen durch die Unterstützung der von Islamisten unterwanderten syrischen Opposition (*Syrische Nationale Koalition*) dazu beitragen, dass immer mehr Christen Syrien verlassen werden. „Sie hätten doch wissen müssen, dass, wenn diese Gruppen die Macht übernehmen, sie die Christen ausrotten werden“, sagte ein syrischer Christ.²⁹ Die Christen fordern die deutsche Bundesregierung und andere EU-Staaten auf, jegliche Unterstützung für die *Syrische Nationale Koalition* einzustellen, weil diese faktisch radikal-islamistische Gruppen in Syrien fördere, die wiederum Christen vertreiben. Sie bitten Europa auch, den Christen vor Ort in Syrien zu helfen. „Wenn hier vor Ort in Rojava geholfen wird, dann werden die Menschen das Land nicht verlassen“. Die Fluchtursachen müssten vor Ort bekämpft werden, dann kämen nur wenige nach Europa. „Wir wollen nicht nach Europa und in den überfüllten Asylheimen leben. Der *SDF*, der *YPG* und der *Sutoro* muss geholfen werden, damit sie noch erfolgreicher den *IS* bekämpfen, damit wir den radikalen islamistischen, faschistischen Terror besiegen können.“³⁰ Viele Christen scheinen entschlossen zu sein, Seite an Seite mit den Kurden, gegen den *IS* und andere radikale

²⁹ Interview mit dem Autor am 25.03.2016 in Al-Hasakeh.

³⁰ Interview mit dem Autor am 25.03.2016 in Al-Hasakeh.

Islamisten zu kämpfen. „Das ist unsere Erde, die Erde unserer Vorfahren. Wir wollen hier nicht weg. Wir werden nicht nach Europa kommen und in den Asylunterkünften leben.“³¹

6. Die Türkei als schwieriger Nachbar

Der Aufenthalt in Qamischli war für den Autor nicht ungefährlich. Mit der Grenzziehung zwischen Syrien und der Türkei 1921 wurde diese Region willkürlich aufgeteilt. Da die Eisenbahnlinie (Bagdad-Bahn) zur staatlichen Grenze wurde, lag die mehrheitlich kurdische Stadt Nusaybin im Norden von Qamischli auf einmal auf der anderen, nämlich der türkischen Seite. Damals begann die Stadt Qamischli auf der syrischen Seite zu entstehen. Die Kurden bezeichnen das Kurdengebiet hinter der Eisenbahnlinie, auf der türkischen Seite, bis heute als *Serxetê* (deutsch: oberhalb der Linie). An den Tagen, an denen sich der Autor in Qamischli aufhielt, war an Schlaf nicht zu denken, da mehrmals in der Minute das Donnern der Artillerie- oder Raketeneinschläge zu hören war. Das türkische Militär beschoss Nusaybin Tag und Nacht. Immer wieder schlugen Granaten auch in Qamischli, auf der syrischen Seite, ein. Laut Aussagen der in Qamischli ansässigen kurdischen Journalisten geht die türkische Armee in Nusaybin massiv gegen die Zivilgesellschaft vor.

6.1 Erdogan und die „Islam-Karte“

In Afrin, in der von der Türkei und den syrischen Islamisten seit Jahren eingekesselten Region im Nordwesten Syriens, hatte der Autor im Februar 2015 mit einem der letzten Armenier in diesem mehrheitlich von Kurden bewohnten Gebiet gesprochen. Der 58 Jahre alte Aruth Kevork entgegnete auf die Frage, was er zu der Beteiligung der Kurden am Völkermord an den armenischen Christen von 1915 sagen würde, versöhnlich: „Es gibt einen großen Unterschied zwischen den Kurden von damals und den heutigen Kurden.“ Aber obwohl der Einfluss der Religion mit dem Aufkommen der modernen kurdischen Freiheitsbewegung unter Kurden zurückgegangen ist, gibt es bis heute noch viele unter ihnen, die sich aus religiösen Gründen missbrauchen lassen. Sonst hätte die islamisch-konservative Partei von Recep Tayyip Erdogan bei den Parlamentswahlen in der Türkei am 1. November 2015 unter Kurden nicht so viele Stimmen erhalten – 25 Prozent von ihnen stimmten für ihn. Die Kurden sind mehrheitlich sunnitische Muslime. Der türkische Präsident hatte im Wahlkampf auf die „Islam-Karte“ gesetzt und war in den Kurdengebieten immer wieder mit dem Koran in der Hand aufgetreten, um sie für sich zu mobilisieren. Währenddessen schaute das türkische Militär zu, wie die Extremisten des *Islamischen Staates* die Kurden in Nordsyrien niedermetzten. Seit mindestens 2012 duldet das türkische Militär den *IS* und andere Radikalislamisten, die Kurden und ihre christlichen und yezidischen Nachbarn ermorden, vertreiben und vergewaltigen.

³¹ Interview mit dem Autor am 25.03.2016 in Al-Hasakeh.

Viele Menschen in Rojava-Nordsyrien, Kurden und Christen, glauben fest daran, dass die türkische Regierung die Radikalisierung finanziell, politisch und diplomatisch unterstützt. Ankara ergreift für die islamistischen bewaffneten Gruppen wie z.B. die *Al-Tawhid*-Brigaden, *Ahrar al Sham* oder die *Syrische Islamische Front (SIF)* offen Partei. Über das NATO-Mitglied Türkei kommen die meisten Dschihadisten nach Syrien. „Es wurde zu spät zur Kenntnis genommen, dass diese Islamisten auch für Europa eine Gefahr werden. Wer einen tollwütigen Hund versorgt, wird von ihm irgendwann selbst gebissen“, sagte ein syrischer Christ.³²

Ohne eine massive politische, diplomatische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung aus Europa, Amerika, vielleicht auch aus Russland werden sich die Kurden aus den Reihen der *PYD* der Islamisierungspolitik von Erdogan auf Dauer nicht widersetzen können. Die Nicht-Sunniten und Nicht-Muslime benötigen dringend mehr Schutz und mehr Unterstützung auch durch einen effektiven Kampf gegen den politischen Islam, der überall von Erdogan und seiner *AKP*-Partei in Kurdistan - im Siedlungsgebiet der Kurden im Irak, in der Türkei, im Iran und in Syrien - propagiert wird.

6.2 Die Türkei und die Behinderung des „Anti-IS-Krieges“

Immer wenn die Gesprächspartner und -innen in Qamischli, Amuda, Kobani oder Al-Hasakeh erfuhren, dass der Autor aus Afrin stammt und seine Mutter und einige Geschwister noch dort leben, fragten sie, ob er bereits in Afrin gewesen sei oder noch hinfahren würde. Aber eine Fahrt von Kobani nach Afrin wäre überhaupt nicht möglich. Das Gebiet westlich vom Euphrat von Dscharabulu über Azaz bis nach Afrin, also zwischen Kobani und Afrin, befindet sich seit Jahren fest in der Hand des *IS* bzw. unter der Kontrolle der mit Ankara befreundeten islamistischen Gruppen. Die Entfernung zwischen dem letzten *YPG*-Posten (bzw. der *SDF*) im Osten bis zum ersten *YPG*-Posten im Westen, also in der Nähe von Afrin, beträgt nur etwa 75 Kilometer Luftlinie. Kein Kurde, ausgenommen derer, die mit der türkischen Regierung kooperieren, würde diese Strecke fahren, denn dies würde den sicheren Tod bedeuten. Das Gebiet zwischen Dscharabulu und Afrin wird seit neuestem als *Shahba* bezeichnet.

Die *YPG* und ihre arabisch-sunnitischen Verbündete würden den *IS* gern aus *Shahba* verdrängen. „Es wäre sehr einfach, den *IS* und andere Radikalisierung aus *Shahba* zu vertreiben und einen Korridor zwischen Kobani und Afrin zu eröffnen. Die USA lehnen jedoch jeden militärischen Vorstoß der *YPG* in dieser Region ab“, sagt eine Befehlshaberin der *YPG/YPJ* am 21. März in Kobani. Wie bereits erwähnt wurde, reagierte der türkische Präsident Erdogan sehr heftig auf das Kappen der Verbindung Türkei – ar-Raqqa, wo sich die Hauptstadt des *IS* befindet, und auf die Beendigung der Einkesselung von Kobani. Er beobachtet diese Entwicklungen im Norden Syriens mit Besorgnis. Misstrauisch verfolgt er,

³² Interview mit dem Autor am 25.03.2016 in Al-Hasakeh.

wie die YPG entlang der türkischen Grenze immer weitere Landstriche unter ihre Kontrolle brachte.³³



Kurden aus der Region Shahba

Das Gebiet *Shahba* umfasst die Ebene im Norden und Osten von Aleppo: Azaz, Al-Bab, einen großen Teil von Manbidsch, einen Teil von Sfreh. *Shahba* ist eine historische Bezeichnung für diese Region. Dort leben traditionell Kurden, Araber und Turkmenen. Im Gebiet soll es noch 450 bewohnte Dörfer geben, in denen schätzungsweise 1.800.000 Menschen leben. 217 Dörfer sind nur von Kurden bewohnt. Die Kurden in dieser Region sind seit der Unabhängigkeit des syrischen Staates 1946 einer systematischen Zwangsassimilation und -arabisierung ausgesetzt worden. Da die kurdische Sprache in Syrien verboten war und es auch keine kurdischen Schulen gab, haben viele Kurden ihre Sprache verlernt. In den Familiennamen und den Bezeichnungen der Dörfer kommen aber immer noch kurdische Begriffe vor.³⁴

³³ www.nzz.ch/meinung/kommentare/ankaras-albtraum-einer-kurdischen-zone-1.18603332 [aufgerufen am 07.06.2016].

³⁴ Interview mit Haji Riza am 21.03.2016 in Kobani.



Nordsyrien mit der Region Shahba

Die Mehrheit der Bevölkerung dort, allen voran die Kurden, fordert, dass der *IS* und andere radikalislamischen Gruppen aus diesem Gebiet vertrieben werden und dass die Region unter die Kontrolle der *Syrian Democratic Forces* bzw. der *YPG* kommt. So könnte ein Korridor zwischen Afrin und Kobani geöffnet werden. Zudem wäre auch *Shahba* direkt über den Landweg erreichbar. Zurzeit ist die Verbindung zwischen Kobani und Afrin, wenn überhaupt, nur über den Luftweg von Qamischli nach Damaskus und dann über den Landweg in den Norden möglich. Nach der Vertreibung des *IS* könnten die Regionen Cazîra, Kobani und *Shahba* mit Afrin gemeinsam eine föderale Region innerhalb Syriens bilden. In dieser Region könnten dann alle Ethnien und Religionsgemeinschaften gleichberechtigt leben. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Anwesenheit der Radikalisten in diesem Gebiet ab und auch die beabsichtigte Errichtung eines Scharia-Staates in der Region wird nicht unterstützt. Dieses Ziel wird von islamistischen Gruppen verfolgt, die von der Türkei gefördert werden. Unter der Herrschaft dieser Gruppen wird es weder Gleichberechtigung für Ethnien und Religionsgemeinschaften wie Kurden, Araber, Armenier, Turkmenen, Muslime, Yeziden, Christen und Alawiten noch für Frauen geben.

6.3 Erdogans „Schutzzone“ ist gefährlich

Ausgerechnet in der *Shahba*-Region will die türkische Regierung eine „Schutzzone“ errichten, um dort scheinbar syrische Flüchtlinge anzusiedeln. Die von Ankara geplante „Schutzzone“ wird nach Überzeugung vieler Menschen in Nordsyrien, allen voran Christen, zu einer Basis für radikalislamistische Gruppen, die die Kurden, Christen und andere Minderheiten terrorisieren werden. Diese von der Türkei beabsichtigte „Schutzzone“ wird von den Menschen in Nordsyrien mit dem pakistanischen Peshawar verglichen. In Peshawar, wo sich viele afghanische Flüchtlinge aufhielten, entstanden in den 1980er und 1990er Jahren mit Unterstützung oder Duldung des pakistanischen Geheimdienstes die afghanischen *Taliban* und *Al Kaida*. „Wenn die türkische Regierung wirklich eine ‚Schutzzone‘ für syrische Flüchtlinge will, soll sie bitteschön aufhören, die bereits existierende Schutzzone, Rojava-

Nordsyrien, zu bedrohen. Ankara muss aufhören, diese relativ stabile und friedliche Region anzugreifen“, sagte ein Flüchtling aus dem Dorf Ihras in der Region Nord-Aleppo.³⁵

7. Fazit: Rojava-Nordsyrien benötigt unsere Solidarität

„Es mag Probleme in Rojava geben und die Kurden werden die Ersten sein, die das zugeben werden. Sie hegen revanchistische Ansprüche und sind nicht so demokratisch, wie sie häufig behaupten. Trotzdem [...] sind sie nicht schlimmer als Recep Tayyip Erdogans Türkei, sondern sogar ein ganzes Stück besser. Außerdem sind sie säkular, tolerant gegenüber religiösen Minderheiten und insgesamt tolerant gegenüber ethnischen Minderheiten in ihrer Mitte.“³⁶ So beschreibt Michael Rubin, US-amerikanischer Nahostexperte und ehemaliger Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums, die komplizierte Lage in Rojava-Nordsyrien. Dieser Schlussfolgerung von Michael Rubin kann nur zugestimmt werden.



Flüchtlingskinder in Kobani

Nachdem es den Radikalisierungisten gelungen ist, das „sunnitische Syrien“ weitgehend von Christen zu „befreien“, müssen sie daran gehindert werden, weiter in den Norden nach Rojava vorzudringen. Rojava-Nordsyrien war schon immer eine ethnisch, religiös und

³⁵ Interview mit dem Autor am 21. März 2016 in Kobani.

³⁶ <https://www.commentarymagazine.com/foreign-policy/middle-east/syria/syrias-kurds-really-pro-assad> [aufgerufen am 02.06.2016].

kulturell sehr vielseitige Region. Um diese reiche Vielfalt zu erhalten, müssen alle religiösen und kulturellen Gemeinschaften ihren Glauben und ihre Kultur frei ausleben können. Rojava und seine führenden politischen Kräfte dürfen sich mit Zuständen wie im heutigen sunnitischen Syrien nicht abfinden. Unabhängig davon, wie die Zukunft von Rojava aussehen wird, ob sich die Autonomie dort institutionalisiert oder die Region wieder vollständig unter eine streng zentralistische Regierung in Damaskus kommt, der radikale Islam darf in Rojava keinen Fuß fassen. Aus eigener Kraft werden sich Kurden und die wenigen Christen in Rojava-Nordsyrien dem radikalen Islam nicht länger widersetzen können. Sie sind auf die Hilfe aus Deutschland, Europa und Amerika angewiesen.

Es ist unsere Aufgabe und wir sind sogar verpflichtet, die Menschen in Rojava dabei zu unterstützen, ein Leben mit einem Mindestmaß an Würde führen und Perspektiven für sich und ihre Kinder entwickeln zu können. Dies ist möglich und wird uns viel weniger kosten, als sie als Flüchtlinge in den Asylheimen in Deutschland zu haben. In dieser Not können wir durch gezielte humanitäre Maßnahmen von Deutschland und Europa aus das Leben oder das Überleben der Kurden, arabischen Sunniten, Assyrier/Chaldäer/Aramäer, Armenier, Christen, Yeziden, Tscherkessen, Tschetschenen und anderen viel erträglicher machen.

Nicht zu vergessen sind die fast eine Million Flüchtlinge, die in Rojava-Nordsyrien Zuflucht gefunden haben. Diese benötigen dringend unsere Solidarität und Hilfe. Durch unsere humanitäre Unterstützung kann auch Einfluss auf die Geschehnisse vor Ort in Nordsyrien genommen, die Lage stabilisiert und die lokalen Selbstverwaltungsstrukturen gestärkt werden. Und so können wir Toleranz, das friedliche Zusammenleben von verschiedenen Ethnien und Religionsgemeinschaften sowie Menschen- und Minderheitenrechte fördern. Was aber Nordsyrien schnellstens benötigt, ist die sofortige und dauerhafte Öffnung der Grenzübergänge von der Türkei und dem Irak für humanitäre Hilfe.

8. Handlungsempfehlungen

8.1 An die regionale Selbstverwaltung und PYD

- Es müssen sofort neue und bedingungslose Gesprächen mit dem KNCS, mit der *Nationalen Allianz der kurdischen Parteien*³⁷ und mit der *Peşverû*-Partei über die Erweiterung der Strukturen der autonomen Selbstverwaltung aufgenommen werden. Eine breite politische Basis der Selbstverwaltung wird die Überlebenschance von Rojava nur erhöhen und Demokratie als auch Menschen- und Minderheitenrechte stärken.
- Auch mit dem KNCS, mit der *Nationalen Allianz der kurdischen Parteien* und mit der *Peshverû*-Partei müssen sofort Gespräche geführt werden über die Existenz (oder auch die Nicht-Existenz) von politischen Gefangenen in den Gefängnissen von Rojava. Es muss dringend geklärt werden, wer aus politischen Gründen und wer wegen versuchter Bildung von bewaffneten Gruppen in Haft sitzt.
- Es muss Sorge dafür getragen werden, dass die Arbeit der Behörden in Rojava transparenter wird. Ohne Transparenz kann eine Verwaltung nicht lange erfolgreich funktionieren.
- Auch wenn es in der Vergangenheit bereits geschehen ist, muss eine öffentliche Erklärung abgegeben werden, dass man bereit sei, alle strittigen Fragen mit der Türkei, mit der *DPK* von Masud Barzani (Irakisch-Kurdistan) und mit der *Syrischen Nationalen Koalition* zu erörtern.

8.2 An den KNCS

- Die ablehnende Haltung gegenüber der regionalen Selbstverwaltung muss überdacht und die Selbstverwaltung als solche anerkannt werden.
- Ihre Bereitschaft öffentlich kundgeben, in allen ihren Kontakten und Gesprächen mit der Regierung in der Türkei, der *DPK* (Irakisch-Kurdistan) und der *Syrischen Nationalen Koalition* die regionale Selbstverwaltung zu unterstützen.
- Auf die Forderung nach der Bildung einer eigenen Miliz soll verzichtet werden. Stattdessen müssen einheitliche militärische Strukturen gebildet werden. Neue

³⁷ Kurdisch: *Hevbendî*.

Milizen in Nordsyrien gefährden den sozialen Frieden und können nur zu neuen bewaffneten Konflikten, auch unter den Kurden, führen.

8.3 An die DPK von Masud Barzani in Irakisch-Kurdistan und die PKK

- Die *DPK* soll ihre Bemühungen um die Bildung einer einheitlichen Front unter den syrischen kurdischen Organisationen wieder und verstärkt aufnehmen. Hierbei sollte mehr Neutralität in innerkurdischen (Syrien) Streitereien gezeigt werden. Auch die *Patriotische Union Kurdistans (PUK)* sollte in diese Vermittlungsbemühungen einbezogen werden.
- Die *DPK* soll dafür sorgen, dass der Grenzübergang Sêmkala vollständig und dauerhaft für Personen und Handel geöffnet wird.
- Die *PKK* muss ihren Einfluss auf die *PYD* nutzen, um die Bemühungen über die Bildung einer einheitlichen Front unter den syrischen-kurdischen Organisationen schneller zu einem Erfolg führen.

8.4 An die deutsche Bundesregierung

- Rojava-Nordsyrien muss humanitär unterstützt werden, insbesondere bei der Bereitstellung von Trinkwasser und Strom. Auch die zivilgesellschaftlichen Hilfsorganisationen, die sich in Rojava engagieren, sollten verstärkt finanziell unterstützt werden.
- Die türkische Regierung, die *DKP* (Irakisch-Kurdistan) und die *Syrische Nationale Koalition* sollten dazu gedrängt werden, mit der regionalen Selbstverwaltung in Rojava sowie mit der *PYD* Gespräche über die bestehenden strittigen Fragen aufzunehmen.
- In Ihren Gesprächen mit Vertretern der türkischen Regierung sollte die deutsche Bundesregierung darauf drängen, dass Grenzübergänge nach Afrin, Kobani und Qamischli dauerhaft für Personen, Handel und vor allem humanitäre Hilfe geöffnet werden.
- Fluchtursachen in Nordsyrien sollten durch Hilfe vor Ort bekämpft werden. In Rojava-Nordsyrien haben mindestens eine Million Flüchtlinge Schutz gesucht.
- Die von der türkischen Regierung beabsichtigte „Schutzzone“ in Nordsyrien darf nicht unterstützt werden. Stattdessen sollte sich Ankara um einen Ausgleich mit den Kurden und Christen in Rojava bemühen.

9. Anhang

9.1 Liste der interviewten Personen

➤ Aboudi, Diyana Mansur (Araberin, Leiterin eines Kindergartens in Qamischli)	37
➤ Al-Majd, Abu (Angehöriger der <i>Suturo</i> -Miliz)	39
➤ Al-Salum, Mansour (Araber, Vorsitzender der <i>Exekutiven Föderalismusrates</i> Rojava-Nordsyrien)	42
➤ Azzam, Hussein (Araber, Vizepräsident des <i>Exekutiven Rates</i> der Autonomiebehörde in Cazîra)	44
➤ Bave Alan, Ahmad (Chefredakteur der Zeitung <i>Buyer</i>)	47
➤ Daoud, Daoud (Christ, <i>Assyrische Demokratische Union</i>)	49
➤ Daoud, Bahiya Gergis (Armenierin aus Al-Hasakeh)	51
➤ Ego, Toni Hanna (syrisch-katholischer Christ)	53
➤ Hajnuri, Omar (Vertreter des <i>Komela Newroz</i>)	55
➤ Khalil, Abir (Abteilungsleiterin der Gefängnisse in Rojava)	59
➤ Koriyeh, Elizabeth (Christin, <i>Suryoye</i> -Einheitspartei)	61
➤ Muslim, Anwar (Präsident des Kantons von Kobani)	64
➤ Muzel, Ibrahim (<i>Schammar</i> -Araber)	66
➤ Riza, Haji (Flüchtling aus Nord-Aleppo, <i>Shahba</i>)	67
➤ Saydo, Ilyas (Vorsitzender des Vereins <i>Mala Êzdiya</i> - dt.: <i>Yezidisches Haus</i>)	69
➤ Silo, Talal (Turkmene, Sprecher der <i>SDF</i>)	72
➤ ältere kurdische Frau (am Grenzübergang Sêmalka)	76
➤ ältere arabische Frau (Angehörige der sog. <i>Ghamar</i> -Araber)	77

Die Interviews wurden von Dr. Kamal Sido, GfbV-Nahostreferent, während seiner Nordsyrien-Reise vom 12.03. - 03.04.2016 geführt. Tonaufnahmen mit der jeweiligen Originalstimme liegen vor.

9.2 Einzelne Interviews

Interview mit Diyana Mansur Aboudi (Araberin, Leiterin eines Kindergartens in Qamischli)

Das Interview wurde am 23.03.2016 in Qamischli geführt.



Sido: Können Sie sich bitte vorstellen?

Aboudi: Ich heiße Diyana Mansur Aboudi. Ich bin 30 Jahre alt. Ich bin Leiterin dieses Kindergartens.

Sido: Wie heißt der Kindergarten?

Aboudi: Der Kindergarten heißt *Top School*. Es ist eine private, keine staatliche, Einrichtung.

Sido: Wie hoch sind die Kindergartengebühren für ein Kind im Monat?

Aboudi: Es gibt zwei Gruppen von Kindern: In der ersten Gruppe sind Kinder, die von ihren Eltern selbst in den Kindergarten gebracht werden. In der zweiten Gruppe sind Kinder, die wir von zu Hause abholen. Für ein Kind der ersten Gruppe werden 4000 Syrische Pfund (etwa 14 Euro) bezahlt. *(Ein normaler Arbeiter erhält im Monat 25.000 Syrische Pfund, Anm. d. Red.)* Für ein Kind der zweiten Gruppe müssen 5500 Pfund bezahlt werden. Also 1500 Syrische Pfund für den Transport der Kinder.

Sido: Bekommen die Kinder Essen während ihrer Anwesenheit im Kindergarten?

Aboudi: Die Kinder sind in der Regel von 8:00 bis 13:00 Uhr im Kindergarten. Die Kinder bekommen von uns kein Essen, die Eltern bringen selbst Essen für die Kinder mit.

Sido: Was ist mit dem Trinkwasser?

Aboudi: Trinkwasser wird von uns übernommen.

Sido: Wie viele Kinder besuchen diesen Kindergarten?

Aboudi: Es sind 85 Kinder. Es waren vor einem Jahr noch 120 Kinder. Viele Eltern sind weggezogen oder können die Kindergartengebühren nicht mehr zahlen.

Sido: Was wissen Sie über die ethnische und religiöse Zugehörigkeit der Eltern von den Kindern?

Aboudi: Es sind je zur Hälfte Araber und Kurden. Also alle sind Muslime, wir haben keine Christen.

Sido: Welche Schwierigkeiten haben Sie bzw. hat der Kindergarten? Bekommen Sie z.B. Elektrizität?

Aboudi: Was Strom angeht, haben wir einfach Glück. 100 Meter von uns entfernt gibt es einen Generator, der bereits um 8:00 Uhr eingeschaltet wird. Von diesem bekommen wir von 10:00 - 13:00 Uhr Strom.

Sido: Welche Kinder, in welchem Alter, besuchen den Kindergarten?

Aboudi: Die Kinder sind ein bis fünf Jahre alt.

Sido: Was können Sie über das Personal des Kindergartens sagen?

Aboudi: Wir haben zwei Erzieherinnen für die Kindergruppe fünf Jahre. Eine für die Kindergruppe vier Jahre. Wir haben eine Erzieherin für die englische Sprache und eine Erzieherin, die für Kinder im Alter von einem Jahr zuständig ist.

Sido: Sie haben nun in Qamischli zwei Verwaltungen, die der Regierung in Damaskus und die der autonomen Selbstverwaltung. Gibt es diesbezüglich Konflikte?

Aboudi: Von der autonomen Selbstverwaltung haben wir eine Genehmigung für die Arbeit des Kindergartens erhalten. Die Regierung in Damaskus mischt sich nicht ein. Die Lehrmaterialien werden vom Kindergarten und den Eltern selbst bestimmt. Die meisten Eltern wollen, dass ihre Kinder mehr Arabisch und Englisch lernen. Von der autonomen Selbstverwaltung bekamen wir ein Büchlein für die kurdische Sprache. Wir wurden aber nicht dazu gezwungen, den Kindern Kurdisch beizubringen. Es geschieht nur freiwillig.

Sido: Herzlichen Dank für dieses Interview!

Interview mit Abu Al-Majd (Angehöriger der *Sutoro*)

Das Interview wurde am 25.03.2016 in Al-Hasakeh geführt.

Sido: Die *Sutoro* ist eine christliche Miliz. Setzt sie sich denn auch aus Mitgliedern aller christlichen Konfessionen, d.h. syrisch-orthodox, katholisch-orthodox, assyrisch etc., zusammen?

Al-Majd: Ja, wir haben Mitglieder verschiedener Konfessionen, darunter natürlich auch Angehörige unseres Volkes der Assyrer/Aramäer/Chaldäer (*Suryoye*).

Sido: Und wieviele Angehörige hat die *Sutoro*?

Al-Majd: Ich kann keine genauen Angaben machen. Auch wenn ich welche hätte, würde ich sie nicht verraten. Es handelt sich um militärische Geheimnisse.

Sido: Die *Sutoro* hat sowohl eine politische als auch eine militärische Verbindung zur YPG. Zudem ist Al-Hasakeh eine mehrheitlich kurdische Stadt. Werden Sie von der YPG oder anderen kurdischen Organisationen gezwungen, Kurdisch zu lernen?



Al-Majd: Nein, absolut nicht. Sie sind doch heute in Al-Hasakeh unterwegs gewesen und haben gesehen, dass die staatlichen Behörden der autonomen Selbstverwaltung in der Regel in drei Sprachen beschriftet sind: Arabisch, Kurdisch und Aramäisch. Diese Gleichberechtigung ist sehr wichtig, besonders für Aramäisch. Unsere Sprache, die bedroht ist, findet dadurch wieder Beachtung. Auch wenn wir zahlenmäßig sehr wenige sind, ist Aramäisch als amtliche Sprache in der Region eingeführt worden.

Überall, wo unsere Dörfer sind, steht alles auf Aramäisch, auch die Straßenschilder werden nach und nach dreisprachig. Und das ist das Recht unseres Volkes, für das wir jahrzehntelang in Syrien gekämpft haben.

Sido: Für diese Rechte setzte sich auch die 2005 gegründete assyrisch/aramäische *Syrian Union Party (SUP)* ein. Seit dem Beginn des Bürgerkrieges in Syrien 2011 tritt sie als Opposition zum Assad-Regime auf. Welche Beziehung hat die *Sutoro* zur SUP?

Al-Majd: Wir haben gute Beziehungen zu dieser Partei.

Sido: In Syrien gibt es auch die *Assyrische Demokratische Organisation (ADO)*, die ebenfalls die Interessen des assyrischen Volkes vertritt. Wie steht die *Sutoro* zur *ADO*?

Al-Majd: Die *ADO* und wir vertreten unterschiedliche Positionen, daher arbeiten wir nicht zusammen.

Sido: Viele machen Ihnen den Vorwurf, dass Ihre christliche Miliz mit dem Regime zusammenarbeitet.

Al-Majd: Die *Sutoro*, die *YPG* und andere militärische Verbände gehören zum Dachverband *Syrian Democratic Forces (SDF)*. Die Hauptaufgabe der *SDF* ist der Kampf gegen den *IS* und der Schutz der Zivilbevölkerung in dieser Region. Da auch das Regime hier gegen den *IS* kämpft, wird uns von der sogenannten Auslandsopposition vorgeworfen, mit dem Regime zu kooperieren. Wir sagen aber, dass wir eigene Ziele verfolgen.

Sido: Welche Ziele sind das?

Al-Majd: Wir wollen ein demokratisches, pluralistisches, dezentrales, säkulares System in Syrien, das die Rechte alle Minderheiten garantiert. Wichtig ist uns eine Trennung von Staat und Religion. Einen Scharia-Staat, wie ihn die islamistische Opposition fordert, lehnen wir strikt ab.

Sido: Warum fürchten Christen einen Scharia-Staat?

Al-Majd: Wir haben keine Angst vor einem islamischen Staat. Aber für uns hat ein Religionsstaat keine Chancen in dieser Zeit. Wir befinden uns in einer Zeit der Moderne und auch die Staatssysteme müssen modern sein. Das gilt sowohl für die islamische Religion als auch das Christentum. Wie gesagt, es muss zu einer Trennung zwischen Religion und Staat kommen. Das, was die Islamisten tun, hat mit dem Islam wenig zu tun.

Sido: Draußen habe ich mich einem Mann vorgestellt und gesagt, dass ich aus Deutschland stamme. Daraufhin sagte er, dass wir in Deutschland die Islamisten in Syrien unterstützen würden. Was meint er damit?

Al-Majd: Die überwiegende Mehrheit der Christen in Syrien ist sehr wütend auf westliche Regierungen, weil sie radikale religiöse Gruppen in Syrien und im ganzen Nahen Osten unterstützen. Sie hätten doch wissen müssen, dass, wenn diese Gruppen die Macht übernehmen, sie die Christen ausrotten werden. Das war der Grund für die Reaktion des Mannes. Wir bitten die deutsche Bundesregierung und andere EU-Staaten, jegliche Unterstützung der *Syrischen Nationalen Koalition* einzustellen, weil diese faktisch radikal-islamistische Gruppen in Syrien fördert. Wir bitten Europa auch, dass sie uns hier in Syrien helfen. Wenn uns hier geholfen wird, dann werden unsere Menschen das Land nicht verlassen und dann wird es in Europa zu keinen Problemen mit den Flüchtlingen kommen. Wir wollen nicht nach Europa und in den überfüllten Asylunterkünften leben. Wenn die

Fluchtursachen bekämpft werden, dann kommt keiner von uns zu euch. Und hier werden auch viele Gerüchte in die Welt gesetzt, dass Europa ein Paradies sei, in dem Milch und Honig fließen. Damit muss aufgehört werden. Uns muss hier vor Ort geholfen werden. Der *SDF* muss geholfen werden, damit sie noch erfolgreicher den *IS* bekämpfen, damit wir den radikalen islamistischen, faschistischen Terror besiegen können. Wir sind entschlossen, diese Bestien zu bekämpfen und zu besiegen. Das ist unsere Erde, die Erde unserer Vorfahren. Wir wollen hier nicht weg. Ich möchte das wiederholen, was der Mann Ihnen gesagt hat: Die deutsche Bundesregierung und andere europäische Staaten unterstützen die Islamisten in Syrien.

Sido: Welche Beweise haben Sie dafür?

Al-Majd: Der Beweis dafür ist die finanzielle, politische und diplomatische Unterstützung der *Syrischen Nationalen Koalition*. Sie nimmt die islamistischen bewaffneten Gruppen wie z.B. die *Al-Nusra-Front* offen in Schutz. Faktisch verfolgen sie mit den Radikalislamisten die gleichen Ziele: die Errichtung eines „islamischen Staates“ in Syrien. Die Türkei ist NATO-Mitglied und die ganze Welt weiß, dass die meisten Dschihadisten über die Türkei nach Syrien kommen so wie das Geld und die Waffen. Es gibt genug Beweise. Es wurde zu spät zur Kenntnis genommen, dass diese Islamisten auch für Europa eine Gefahr werden. Wer einen tollwütigen Hund versorgt, wird von ihm irgendwann selbst gebissen.

Sido: Vielen Dank für das Interview!

Interview mit Mansour Al-Salum (Araber, Sunnit, Vorsitzender des *Exekutiven Föderalismusrates* Rojava-Nordsyrien)

Das Interview wurde am 21.03.2016 in Kobani geführt.

Sido: Können Sie sich bitte vorstellen?

Al-Salum: Ich heiße Mansour Al-Salum. Ich bin Vorsitzender des *Exekutiven Föderalismusrates* Rojava-Nordsyrien. *(Er ist Araber und Sunnit aus Tall Abyad, Anm. d. Red.)*

Sido: Was bezwecken Sie mit der Ausrufung eines Föderalismusrates?

Al-Salum: Unser Ziel ist die Einheit in Syrien als Land zu gewährleisten. Unser Föderalismus-Vorschlag zielt genau darauf ab, das Land vor einer Spaltung zu retten.

Sido: Welches Staatssystem befürworten Sie? Einen Scharia-Staat z.B.?

Al-Salum: Nein, wir wollen einen säkularen Staat in Syrien. Wir haben die Nase voll von den radikalislamistischen Ideen. Dieses Gedankengut hat unter anderem dazu geführt, dass unser Land zerstört wurde.

Sido: Wird es im zukünftigen Syrien einen Platz für Christen und andere Minderheiten geben oder werden diese vertrieben oder ausgerottet?

Al-Salum: Wir treten für ein friedliches Miteinander zwischen verschiedenen Ethnien und Religionsgemeinschaften in Syrien ein. Das ist unser Hauptziel. Das war von Anfang an unser Ziel, als wir die autonome Selbstverwaltung ausgerufen haben. Und jetzt, in einem föderalen Syrien, werden wir dieses Ziel erreichen.

Sido: Wird es in diesem zukünftigen Staat Syrien erlaubt sein, Kirchen zu bauen?

Al-Salum: Ja, wir werden es nicht nur erlauben, sondern die Christen auch unterstützen. Sowohl christliche Kirchen als auch Moscheen gehören in das Gesamtbild unseres Landes.

Sido: Wird es erlaubt sein, kurdische Schulen zu haben?

Al-Salum: Jede Volksgruppe und jede Religionsgemeinschaft wird das Recht haben, sich selbst zu verwalten und ihre kulturelle, sprachliche und Glaubensfreiheit zu genießen.

Sido: Werden Sie auch aramäische und armenische Schulen erlauben?



Al-Salum: Ja, wir werden diese Schulen erlauben und sie auch unterstützen, weil diese Volksgruppen ein Bestandteil der Syrer sind.

Sido: Vielen Dank für das Interview!

Interview mit Hussein Azzam (Araber, Vizepräsident des *Exekutiven Rates* der Autonomiebehörde in Cazîra)

Das Interview wurde am 24.03.2016 in Amuda geführt.

Sido: Können Sie sich bitte vorstellen?

Azzam: Ich heiße Hussein Azzam. Ich bin Vize-Präsident des *Exekutiven Rates* der Autonomiebehörde in Cazîra. Ich bin 1954 geboren. Ich bin hier in der Region aufgewachsen und gehöre der arabischen Volksgruppe an.

Sido: Sie haben vor etwa zwei/drei Jahren die autonome Selbstverwaltung ausgerufen. Wie können Sie heute die Arbeit dieser Selbstverwaltung bewerten?



Azzam: Es war dringend notwendig, eine provisorische Verwaltung ins Leben zu rufen, um das Chaos zu vermeiden. Der syrische Staat hatte sich weitgehend aus der Region zurückgezogen, dadurch entstand ein Vakuum was die Verwaltung und Sicherheit der Region betrifft. Es bestand damals eine reale Gefahr, dass extremistische Gruppen jeglicher Couleur die Region erobern. Zu Beginn war die *Al-Nusra-Front* und später entstand auch die Gefahr durch den *ISIS*. Diese Verwaltung hat dann für Sicherheit und Ruhe in der Region gesorgt und so das Minimum an normalem Leben für die Bevölkerung

gewährleistet.

Sido: Die *Partei der demokratischen Union (PYD)* propagiert ein multi-ethnisches und multi-religiöses Konzept eines Zusammenlebens von Arabern, Kurden, Turkmenen, Armeniern, Christen, Muslimen und Yeziden in Nordsyrien. Ist das nur Propaganda oder ist dieses Projekt auch eine Realität/Praxis?

Azzam: Dieses Projekt/diese Politik ist zur Realität geworden. Von Beginn an waren Vertreter aller ethnischen und religiösen Volksgruppen an dem Projekt beteiligt bzw. sie werden immer einbezogen bei jeglicher Entwicklung. Gleichwohl hat die *PYD* eine führende Rolle bei der Umsetzung dieses Projektes. Dennoch sind die anderen politischen Vertretungen, ich meine die Vertretungen der Ethnien und Religionsgemeinschaften der Region, gleichberechtigt. Entscheidungen werden im Konsens getroffen.

Sido: Die internationale Gemeinschaft betrachtet das friedliche Miteinander zwischen verschiedenen Religionen und Ethnien sowie die führende Rolle der Frau in Rojava als sehr positiv. Kritisiert wird jedoch der fehlende politische Pluralismus. Hier meine ich, dass verschiedene kurdische Organisationen nicht an dem Projekt beteiligt sind.

Azzam: Von Beginn an wurden alle kurdischen Organisationen eingeladen und gebeten, sich an der Selbstverwaltung zu beteiligen. Sie haben sich in der Entstehungsphase auch an der Diskussion beteiligt. Auf einmal sind aber einige kurdische Parteien ferngeblieben. Es wurde gesagt, dass dieses Projekt das nationale Interesse der Kurden nicht erfüllt und es sei eigentlich eine „Kleinigkeit“. Diese Parteien forderten Föderalismus. Als wir vor kurzem die Forderung nach einem föderalen Status gestellt haben, wollten sie sich auch nicht beteiligen.

Sido: Was kann die internationale Gemeinschaft tun, um Sie zu unterstützen, damit nicht noch mehr Menschen ihre Heimat verlassen und auswandern?

Azzam: Ganz oben auf unserer Prioritäten-Liste stehen die Sicherheit der Bevölkerung und der Kampf gegen extremistische islamistische Gruppierungen in der Region. Hier sind wir erfolgreich und viele Menschen haben ihr Leben geopfert, um Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Was die Infrastruktur und das wirtschaftliche Leben angeht, brauchen wir dringend die Hilfe der internationalen Gemeinschaft. Hier könnten Deutschland, Europa und andere Staaten uns helfen, die Fluchtursachen hier zu bekämpfen. Eine andere Forderung wäre, die ungerechtfertigte Blockade unserer Region zu beenden. Also die Grenzübergänge nach Rojava-Nordsyrien aus der Türkei und aus Irakisch-Kurdistan zu öffnen. So hätte man viele Arbeitsplätze geschaffen. Wir in der Selbstverwaltung haben mindestens 4000 Arbeitsplätze geschaffen.

Sido: Welche Forderungen haben sie an die türkische Regierung?

Azzam: Unser Projekt ist ein demokratisches, multi-ethnisches und -religiöses, friedliches Projekt und wendet sich gegen niemanden. Wir wollen gute nachbarschaftliche Beziehungen zu der Republik Türkei. Wir bitten aber die türkische Regierung, die Grenzübergänge zu öffnen.

Sido: Wie viele Flüchtlinge/Vertriebene hat Rojava-Nordsyrien aufgenommen?

Azzam: Wir haben drei Flüchtlingscamps, viele Menschen kommen aber privat unter. In den Flüchtlingslagern befinden sich zehntausende Menschen. Wir wissen nicht genau, wie viele es insgesamt sind, aber wir gehen von mindestens 500.000 aus. Wir wären den deutschen und anderen europäischen Regierungen sehr dankbar, wenn sie uns hier vor Ort helfen würden. Wir brauchen Unterstützung im medizinischen Sektor, bei der Bereitstellung von Trinkwasser und Elektrizität und im Sektor Erziehung. Außerdem müssen die Straßen dringend saniert werden. Unsere Sicherheitskräfte brauchen außerdem dringend mehr

Unterstützung, damit noch erfolgreicher gegen den *Islamischen Staat* vorgegangen werden kann.

Sido: Wir sind eine Menschenrechtsorganisatin und gegen Waffenlieferungen. Wir unterstützen aber Ihre Forderung nach wirtschaftlichen, finanziellen, politischen und diplomatischen Unterstützungen für Rojava-Nordsyrien. Vielen Dank für das Interview!

Interview mit Ahmad Bave Alan (Chefredakteur der Zeitung *Buyer*)

Das Interview wurde am 28.03.2016 in Qamischli geführt.



Ganz rechts: Ahmad Bave Alan

Sido: Können Sie sich bitte vorstellen?

Bave Alan: Mein Name ist Ahmad Bave Alan. Ich bin 41 Jahre alt. Wir befinden uns gerade im Redaktionshaus von *Buyer*.

Sido: Wann ist die Zeitung das erste Mal erschienen?

Bave Alan: Am 15. April 2014. Die Zeitung ist zweisprachig: Kurdisch und Arabisch. Sie hat zwölf Seiten, für die jeweilige Sprache jeweils sechs. Die Themen sind aber nicht die gleichen.

Sido: Wie viele Tageszeitungen gibt es in Rojava-Nordsyrien?

Bave Alan: Tageszeitungen, die hier herausgegeben werden, gibt es nicht. Die meisten Zeitungen erscheinen halbwöchentlich oder monatlich. Ferner hat jede Partei eine Parteizeitung. Die einzige, die keiner Partei angehört, ist die *Buyer*. Andere behaupten vielleicht das Gegenteil über uns (*Bave Alan lacht dabei, Anm. d. Red.*). Unsere Zeitung ist eine politische, gesellschaftliche und kulturelle Zeitung. Wir drucken jeweils 2500-3000 Auflagen. Sie wird von uns verteilt, denn eine Versendung per Post gibt es nicht. Wir haben unsere Leute in den jeweiligen Ortschaften, die für die Verteilung an die Abonnenten sorgen.

Sido: Gibt es die Zeitung *Buyer* auch online?

Bave Alan: Die Online-Zeitschrift wird dauernd aktualisiert. Wir arbeiten dafür rund um die Uhr. Auf der Website kann man die Zeitung auch in gedruckter Form anschauen, allerdings erst zwei Tage nach Erscheinen.

Sido: Wie viele Mitarbeiter hat die Zeitung?

Bave Alan: Wir haben insgesamt zehn Mitarbeiter. Sie verdienen Geld, aber die Gehälter sind sehr niedrig, da wir uns nicht leisten können, mehr zu zahlen. Praktisch wird die Zeitung damit ehrenamtlich geführt.

Sido: Mit welchen Schwierigkeiten ist die Zeitung konfrontiert?

Bave Alan: Die erste Schwierigkeit ist die Verteilung der Zeitschrift unter den Lesern. Ein Versand per Post ist nicht vorhanden, da die Post an sich zusammengebrochen ist. Es gibt nur ein paar Stellen, an denen man die Zeitung am Kiosk kaufen kann, in Qamischli zwei. In anderen Ortschaften kann man die Zeitung in den Buchhandlungen kaufen, z.B. bei der Buchhandlung *Al Huriye*, die einem Christen gehört.

Sido: Gibt es eine Zensur von Inhalten in der Zeitung innerhalb der Redaktion oder von außerhalb? Mischt sich jemand ein, der sagt, was ihr veröffentlichen dürft und was nicht?

Bave Alan: Also niemand mischt sich in unsere Arbeit ein. Wir lassen dies auch nicht zu. Es gibt aber hin und wieder Unzufriedenheit bei Autoren, wenn Interviewpartner meinen, wir hätten ihre Aussagen nicht richtig wiedergegeben. In der Redaktion wird aber besprochen und veröffentlicht, was wir wollen.

Sido: Hilft jemand der Zeitung finanziell?

Bave Alan: Zu Beginn hatten wir private Mittel. Dann haben wir nach und nach die Zeitung besser verkaufen können. Die ganze Auflage wird immer verkauft, dies reicht jedoch für die Finanzierung der Zeitung nicht aus. Die Zeitung wird für 50 oder 70 Syrische Pfund verkauft. Die tatsächlichen Kosten sind jedoch viel höher. Wir verkaufen die Zeitung meistens 30 Pfund unter ihrem Wert. Das wäre für die Leser dann sehr teuer. Wir haben langsam begonnen, auch Werbung zu machen. Die Werbung ist jetzt eine wichtige Quelle. Hin und wieder bekommen wir Spenden von Einzelpersonen, Organisationen oder Vereinen. Aber wie gesagt, Verkaufserlöse und Werbung sind immer noch die wichtigsten Quellen für die Finanzierung.

Sido: Vielen Dank für das Interview!

Interview mit Daoud Daoud (Christ, Assyrische Demokratische Union)

Das Interview wurde am 23.03.2016 in Qamischli geführt.

Sido: Können Sie sich bitte vorstellen?

Daoud: Ich heiße Daoud Daoud und ich bin stellvertretender Vorsitzender der ADO. Ich bin 1963 geboren.

Sido: Wie viele Christen leben in der Provinz Al-Hasakeh?

Daoud: Hier muss unterschieden werden zwischen der Anzahl der Christen vor und nach der Revolution (2011). Die Revolution und der Bürgerkrieg haben dazu geführt, dass viele Christen, aber auch andere ihr Land, ihre Heimat verlassen mussten. Es gibt in der Provinz insgesamt etwa 150.000. Höchstwahrscheinlich hat die Hälfte die Provinz schon verlassen.



Sido: Wo leben Christen hier in Al-Hasakeh hauptsächlich?

Daoud: Sie leben in Qamischli, in der Stadt Al-Hasakeh, in Al-Malikiyah (*kurd. Delik, Anm. d. Red.*), in Al-Kahtania (*kurd. Tirbespî, Anm. d. Red.*), in Ras al-ain (*kurd. Serê Kaniyê, Anm. d. Red.*) und in Tell Tamer. Dort, in Tell Tamer gab es 34 christliche Dörfer.

Sido: Wie viele Christen sprechen hier noch Aramäisch?

Daoud: Etwa 35.000 sprechen noch Aramäisch. In vielen Kirchen ist die Liturgie noch Suriani (*Aramäisch, Anm. d. Red.*).

Sido: Welche ist die größte Gefahr für die Assyrier/Chaldäer/Aramäer, also für alle Christen? Damit beziehe ich auch die Armenier ein.

Daoud: Christen sind in ihrer Existenz bedroht. Bereits früher sind Christen immer wieder aus Al-Hasakeh geflüchtet. Diese Tendenz verstärkte sich im Laufe des Bürgerkrieges. Hinzu kamen die gezielten Angriffe des IS auf Christen, insbesondere auf die 34 Dörfer am Khabour. Dort waren insgesamt 20.000 Christen, heute gibt es vielleicht noch 2.000 bis 3.000. Auch die Angriffe des IS auf Al-Hasakeh führten dazu, dass viele Christen Al-Hasakeh verlassen mussten. Dort sind auch viele Christen vom IS entführt worden. Ferner kommt es immer wieder zu Einzelentführungen durch Unbekannte. All das führt dazu, dass immer mehr Christen die Region verlassen. Auch vor 2011 gingen viele Christen weg. Dafür ist auch das Regime in Damaskus verantwortlich. Zurzeit befindet sich unser Vorsitzender Gabriel Moshe Kourieh im Gefängnis in Damaskus, nun seit mehr als zwei Jahren. Insgesamt wurden

in den vergangenen Jahren 52 Mitglieder von der ADO festgenommen. Heute befindet sich nur noch ein Mitglied, Kourieh, in Haft.

Sido: Welches Verhältnis hat die ADO zur der autonomen Selbstverwaltung in der Region?

Daoud: Wir haben gute Beziehungen zu den politischen Parteien, die an der autonomen Selbstverwaltung beteiligt sind. Selbst beteiligt sind wir an der autonomen Selbstverwaltung nicht. Wir vertreten eine andere politische Meinung.

Sido: Zurzeit gibt es verschiedene kurdische Parteien. Die einen befürworten die Selbstverwaltung, andere lehnen diese strikt ab und bekämpfen sie sogar. Die Dritten wiederum verhalten sich neutral. Es gibt also Kurden, die sagen, diese Verwaltung sei keine kurdische Verwaltung, da sie versucht, die kurdische Prägung der Region zu vernichten. Gleichzeitig gibt es Christen, die meinen, die Verwaltung würde die Region „kurdisieren“. Diese sagen, die Verwaltung versuche, die Christen aus diesem Grund zu vertreiben. Wie verhält sich die ADO in dieser Situation?

Daoud: Zu Beginn waren wir an Gesprächen beteiligt, um eine Selbstverwaltung ins Leben zu rufen. Die Gesprächspartner konnten sich aber diesbezüglich nicht einigen. Wir betonten immer, dass diese Region ein Teil des Landes ist und dass die Syrer aufgestanden sind, um in Syrien eine Demokratie ins Leben zu rufen. Wir wollen, dass in Syrien eine Demokratie und Pluralismus, sowohl religiös als auch ethnisch, entstehen. Außerdem sind wir Laizisten.

Sido: Es gibt manche, die behaupten, dass ein moderater politischer Islam existiert. Was sagen Sie dazu? Wenn Sie diese Frage nicht beantworten wollen/können, weil Sie hier gerade unter Muslimen und in Qamischli sitzen, können Sie diese Frage unbeantwortet lassen.

Daoud: Ich kann nur eine private Antwort geben (also nicht im Namen der ADO). Es gibt einen politischen Islam, das können wir nicht leugnen. Wenn ich Politik mit Religion vermische, dann kann ich nicht mehr von einer moderaten Gesinnung sprechen.

Sido: Ich helfe Ihnen: Der politische Islam wird also doch die Existenz der Christen weiterhin gefährden?

Daoud: Ja.

Sido: Sprechen wir über die Zukunft des Regimes: Wird ein Sturz des Regimes die Fragen in Syrien lösen oder sind Sie für einen Konsens unter den Beteiligten des Bürgerkrieges? Also: Der Sieg einer Seite gegen die andere oder Konsens - Was ist besser für die Christen?

Daoud: Wir wollen einen demokratischen friedlichen Wechsel und einen Konsens zwischen allen Beteiligten.

Sido: Das ist aber eine sehr diplomatische Antwort. Herzlichen Dank für das Interview!

Interview mit Bahiya Gergis Daoud (Armenierin aus Al-Hasakeh)

Das Interview wurde am 25.03.2016 in Al-Hasakeh geführt.

Sido: Können Sie sich bitte vorstellen?

Daoud: Ich heiße Bahiya Gergis Daoud. Ich weiß nicht so genau, wie alt ich bin, 75 oder 80 Jahre alt. Ich bin Armenierin und in Syrien geboren. Meine Eltern sind aus der Türkei geflohen, aus Til Tere, gegenüber der syrisch-kurdischen Stadt Dirbêsiyê (*arab.: Al-Darbasiyah*).

Sido: Wurden Ihre Eltern nach Deir ez-Zor deportiert? (*Die syrische Stadt Deir ez-Zor gehörte zum Osmanischen Reich. In den Jahren 1915–1916 wurden im Rahmen des Völkermordes an den Armeniern hunderttausende Armenier in das Konzentrationslager in Deir ez-Zor deportiert, Anm. d. Red.*)



Daoud: Nein, sie sind vor dem Ergreifen durch die türkische Armee geflohen. Wir kamen erst einmal in ein kleines Dorf, das heute auf der syrischen Seite der Grenze nicht weit von Dirbêsiyê liegt. Wir haben mit der Hilfe unseres Bischofs aus Qamischli eine Kirche gebaut. Dann, vor etwa 30 Jahren, kamen wir nach Al-Hasakeh. Ich bin fast alleine hier, denn alle meine Angehörigen sind ausgewandert. Der armenische Musiker Ibrahim Keivo ist mein Neffe, er ist in Deutschland. (*Keivo lebt in Lemgo, Ostwestfalen, und spielt in der WDR Bigband, Anm. d. Red.*)

..Ja, ich möchte noch etwas anderes erzählen. Ein Neffe von mir, er heißt Ibrahim, ist im Sommer 2015 verschwunden. Er war auf dem Weg nach Europa, nach Deutschland, zu Ibrahim Keivo. Er war noch jung, 33 Jahre alt. Er soll die Türkei mit einem Boot oder Schiff Richtung Griechenland verlassen haben. Seitdem haben wir nichts mehr von ihm gehört. Wir haben über Anwälte und über Kirchen versucht, ihn zu finden.

Sido: Sprechen Sie Armenisch?

Daoud: Nein, leider nicht. Wir hatten keine armenischen Schulen. Wir wohnten in einem kleinen Dorf und ich habe Ziegen und Schafe gehütet. Dann wurde gesagt, dass es für Mädchen „eyb“ (*dt.: blamabel*) sei, zur Schule zu gehen. Ich kann noch ein wenig Türkisch.

Sido: Wie ist Ihr Verhältnis zu den Kurden hier?

Daoud: Wir hatten immer ein sehr gutes Verhältnis und heute kontrollieren sie das Land. Ich habe nichts Schlechtes von ihnen gehört.

Sido: Die Kurden stellen heute die Polizei, die *YPG* und andere Behörden. Werden Sie von Kurden gut behandelt?

Daoud: Ja, sie haben uns Diesel, Zucker und andere Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Wir haben keine Probleme mit Kurden hier.

Sido: Haben Sie Angst vor Islamisten, dem *IS* etc.?

Daoud: Vor dem *IS* haben wir Angst, vor anderen nicht. Hier und da sind überall muslimische Kurden... das, das und das... *(sie zeigt auf die umliegenden Häuser, Anm. d. Red.)*.

Sido: Herzlichen Dank für das Gespräch. Ich wünsche Ihnen noch ein gesundes und friedliches Leben!

Interview mit Toni Hanna Ego (syrisch-katholischer Christ)

Das Interview wurde in Amuda am 15.03. 2016 geführt.

Sido: Können Sie sich bitte vorstellen?

Ego: Ich heiße Toni Hanna Ego. Ich bin 55 Jahre alt. Ich bin in Amuda geboren. Meine Eltern stammen aus *Serxetê*. *(Die Kurden bezeichnen das Gebiet hinter der Eisenbahnlinie, auf der türkischen Seite, bist heute als „Serxetê“, dt.: oberhalb der Linie, Anm. d. Red.)* Mein Vater überlebte den Völkermord von 1915 und fand Zuflucht hier in Amuda. Er stammt aus Mardin.

Sido: Welcher Konfession gehören Sie an?

Ego: Ich bin syrisch-katholischer Christ.

Sido: Wie viele Christen leben in Amuda?

Ego: Alle zusammen sind es drei bis vier Familien. Eine Familie davon ist armenisch.

Sido: Können Sie noch Aramäisch?

Ego: Leider nicht.

Sido: Wo finden Ihre Gottesdienste statt; die Kirche in Amuda ist doch nicht mehr intakt?

Ego: Am Sonntag fahren wir nach Qamischli in die Kirche.

Sido: Wie geht es Ihnen als Christen hier in Amuda?

Ego: Ich muss ehrlich sagen, unter der autonomen Selbstverwaltung geht es uns gut. Es ist ein friedliches Zusammenleben.

Sido: Sagt Ihnen jemand, dass Sie als Christen die Stadt verlassen müssen?

Ego: Nein, überhaupt nicht. Wir werden nicht diskriminiert. Es kommt jedoch hin und wieder zu Anschlägen, zu Bombenanschlägen, wie in Qamischli, Dirbasiye oder auch in Amuda. Wir wissen aber nicht, wer dahinter steckt, ob der *IS* oder andere.

Sido: Was denken Sie über die Lage in Syrien? Wie könnte eine Lösung aussehen?

Ego: Sieh mal, ich werde jetzt die Situation im Allgemeinen so beschreiben: Syrien soll ein einheitlicher Staat bleiben. Aber es muss eine starke regionale Selbstverwaltung geben, wie Kantone z.B.

Sido: Wenn Islamisten in Syrien zur Macht kämen, wäre ein christliches Leben noch möglich?

Ego: Ich bin fest davon überzeugt, dass die Islamisten nicht zur Macht kommen werden. Ich will an so etwas gar nicht denken, die Islamisten dürfen gar nicht zur Macht kommen. Syrien muss ein säkularer Staat sein. Der Plan der Islamisten ist schon gescheitert.

Sido: Wer hilft den Islamisten, dem *IS*, der *Al Nusra-Front* und anderen?

Ego: Die Nachbarländer helfen den Islamisten. In erster Linie die Türkei. Und manchmal Saudi-Arabien. Die Saudis sind hin- und hergerissen.

Sido: Was wünschen Sie sich in Syrien?

Ego: Ich wünsche mir ein demokratisches und säkulares Syrien, in dem sich jeder selbst verwalten und entfalten kann.

Sido: Herzlichen Dank für dieses Interview!

Interview mit Omar Hajnuri (Verein *Komela Newroz*)

Das Interview wurde am 17.03.2016 in Amuda geführt.

Sido: Können Sie sich bitte vorstellen?

Hajnuri: Wir befinden uns im Haus des Vereins *Komela Newro*“ (dt.: *Newroz-Verein zur Unterstützung der zivilen Gesellschaft, Anm. d. Red.*). Mein Name ist Omar Hajnuri und ich bin Mitglied des Vereins. Das ist Abdulrahim Tkobi (*Hajnuri zeigt auf seine Kollegen, Anm. d. Red.*) und das ist Mustafa Ramadan. Wir sind alle Mitglieder des Vereins.



Sido: Wann ist der Verein gegründet worden?

Hajnuri: Der Verein wurde 1. Mai 2013 gegründet. Davor gab es den Verein zwar, aber er war noch nicht eingetragen und wir hatten noch keine eigenen Räumlichkeiten.

Sido: Was machen Sie konkret?

Hajnuri: Wir beschäftigen uns vor allem mit der Unterstützung der zivilen Bevölkerung, organisieren Workshops und trainieren die Aktivisten der Zivilgesellschaft in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens (*In dem Moment gehen die Lampen an, Strom war vorher ausgefallen, Anm. d. Red.*).

Sido: Ich sehe, ihr habt ein großes Problem mit dem Strom so wie alle Menschen.

Hajnuri: So leben wir halt hier. Wir bieten unsere Räume für verschiedene Veranstaltungen an. Wir könnten z.B. Ihnen die Möglichkeit geben, über die GfbV zu erzählen. Dann würden wir Ihnen einen kleinen Saal zur Verfügung stellen, hätten dann dafür geworben und Einladungen verschickt.

Sido: Wie werden Sie finanziert?

Hajnuri: Wir haben viele Freunde und ehemalige Mitglieder, die heute im Ausland leben. Und wir bekommen auch Spenden durch die im Haus organisierten Veranstaltungen.

Sido: Wenn wir, also die GfbV, ein Büro eröffnen würden, könnten sie uns einen Raum zur Verfügung stellen. Was würde das z.B. kosten?

Hajnuri: Wir haben keine Räume zur Vermietung, sondern bieten diese nur für Veranstaltungen an.

Sido: Wie viele eingetragene Vereine bzw. Initiativen gibt es hier in Amuda?

Hajnuri: Also es gibt unseren Verein, *Gemeinsam für Amuda und Kolishina (Verein zur Unterstützung von Frauen, Anm. d. Red.)*. Ferner gibt es Vertretungen von Vereinen und Initiativen, deren Hauptsitze sich im Ausland befinden: z.B. der Verein *Badael* und *Dawwlati*.

Sido: Ich weiß, dass es in Amuda zu Gewalt gekommen ist und viele Menschen ihr Leben verloren haben. Es kam zu einer großen Konfrontation zwischen Teilen der Bevölkerung und der autonomen Selbstverwaltung. Viele Menschen wurden festgenommen und sieben Menschen von der Polizei getötet. Konkret: Befindet sich noch jemand der Aktivisten im Gefängnis?

Hajnuri (*zeigt mit der Hand auf Abdulrahim Tkhobi, Anm. d. Red.*): Er war im Gefängnis. Heute jedoch befindet sich niemand mehr in Haft.

Sido: Sind die Vorfälle von damals aufgeklärt worden? Wurden die Opfer damals von der Verwaltung entschädigt?

Hajnuri: Leider sind die Vorfälle von damals immer noch nicht vollständig aufgeklärt. Von den verletzten Personen von damals befindet sich nur eine Person in Amuda. Er wird von der Verwaltung unterstützt. Allerdings reicht diese nicht aus. Andere Verletzte wurden in die Türkei oder nach Deutschland transportiert.

Sido: Wie ist die Stimmung in Amuda vor dem Hintergrund dieser Ereignisse?

Hajnuri: Leider haben die Ereignisse von damals dazu geführt, dass viele Menschen die Stadt verlassen haben. Das spüren wir auch in unseren Workshops. Die meisten der Teilnehmenden sind weibliche Personen, weil viele männliche Jugendliche ausgewandert sind.

Sido: Ist Zwangsrekrutierung ein wichtiger Grund für die Auswanderung der jungen Männer? Welche Gegenvorschläge haben Sie, um dieses Problem zu lösen? Schließlich benötigt die Region/die Regierung Verteidigung.

Hajnuri: Unser Problem mit der Selbstverwaltung ist, dass sie eine einzige politische Richtung vertritt. Es gibt eine andere Gruppe, den *Kurdischen Nationalrat (KNCS)*. Selbstverständlich möchte jeder seine Heimat verteidigen. Es geht aber nicht nur um die Verteidigung der Heimat, sondern die Jugendlichen werden in andere Gebiete geschickt, in dem keine Kurden sind, um den *IS* zu bekämpfen. Daher müssen sich die Kurden vorher einigen und dann entscheiden, wo und wann gekämpft werden soll.

Sido: Könnte eine Zusammenarbeit zwischen der *Partei der Demokratischen Union (PYD)* und dem *KNCS* die Konflikte entschärfen?

Hajnuri: Ja, das könnte den Konflikt weitestgehend entschärfen. Das Problem mit der Zwangsrekrutierung könnte auch durch guten Lohn für die Rekruten gelöst werden. Denn viele Jugendliche müssen arbeiten, um ihre Familie zu ernähren. Aus diesem Grund schließen sich viele der YPG an, da dort die Löhne besser sind. *(Alle Rekruten kriegen 35.000 Syrische Pfund. Wenn es notwendig ist, werden deren Familie auch unterstützt, Anm. d. Red.)*

Sido: Gibt es das Recht auf Militärdienst-Verweigerung aus weltanschaulichen Gründen? *(Sido klärt den Interviewpartner an dieser Stelle über das deutsche System auf, Anm. d. Red.)*

Hajnuri: Wie gesagt, ein Konsens zwischen den kurdischen Parteien diesbezüglich kann den Konflikt weitestgehend entschärfen. Der Konflikt zwischen den Barsanisten und Apocisten schadet unserer Gesellschaft sehr. *(Barsanisten werden die Anhänger von KNCS gemeint und Apocisten sind Anhänger der PYD bzw. PKK, Anm. d. Red.)* Ferner ist die Politik der PYD gegenüber der Bevölkerung sehr streng: Jeder, der nicht an bestimmten Aktionen teilnimmt, wird als Verräter dargestellt. Das gilt auch für die andere Seite *(Barsanisten)*. Die meisten, die weggegangen/ausgewandert sind, haben jegliches Vertrauen in die kurdischen Parteien verloren, weil sie sich in dieser schwierigen Situation nicht einigen können.

Sido: Was können wir von Europa aus machen? Mehr Einfluss auf die Verwaltung, mehr Hilfe?

Hajnuri: Es kommt immer wieder zu willkürlichen Verhaftungen. Ohne jeglichen Grund werden Menschen wochenlang oder monatelang in Haft gehalten. Darüber sollte man mit der Verwaltung reden, damit diese willkürlichen Verhaftungen aufhören. Die Verwaltung muss in der Wirtschaft und Politik mehr Transparenz zeigen.

Sido: Wir, die GfbV, haben immer offene Grenzübergänge von der Türkei nach Nordsyrien gefordert. Manche kurdischen Organisationen stellten sich gegen unsere Forderung und meinten, man sollte die Blockade noch strenger machen, damit das System - PYD - zum Stürzen kommt. Was denken Sie darüber?

Hajnuri: Nein, es ist falsch, was diese kurdischen Organisationen fordern. Mitglieder, vor allem die Führungsmitglieder dieser Parteien haben in der Regel kein Problem, die Grenze zu überqueren. Denen geht es sehr gut, aber die Zivilbevölkerung leidet unter der Schließung der Grenzübergänge. Wie gesagt, wir unterstützen die Bemühungen der GfbV, damit die Grenzübergänge nach Nordsyrien geöffnet werden. Die Zivilbevölkerung darf nicht den partei-politischen Interessen zum Opfer fallen. Diejenigen, die eine strengere Blockade für Nordsyrien fordern, interessieren sich überhaupt nicht für die Interessen der Zivilbevölkerung hier. Die meisten befinden sich sowieso außerhalb Syriens. Ferner glaube ich nicht, dass die Zivilbevölkerung durch „Aushungern“ einen Aufstand gegen die PYD organisieren würde, wenn die Grenzübergänge geschlossen bleiben.

Sido: Was schlagen Sie vor, um die wirtschaftliche Lage der Zivilbevölkerung zu verbessern?

Hajnuri: Vieles hängt von der Öffnung der Grenzübergänge ab. Wirtschaftliche Projekte können nur dann ins Leben gerufen werden, wenn die Grenzen offen sind und es zu einem Austausch im Handel zwischen Nordsyrien und der Türkei bzw. dem Irak kommt.

Sido: Vielen Dank für das Interview!

Interview mit Abir Khalil (Abteilungsleiterin der Gefängnisse in Rojava)

Das Interview wurde am 24.03.2016 in Qamischli geführt.

Sido: Können Sie sich bitte vorstellen?

Khalil: Mein Name ist Abir Khaled und ich bin Abteilungsleiterin der Gefängnisse in Rojava-Nordsyrien.

Sido: Wie viele Haftanstalten gibt es in Rojava-Nordsyrien in den drei Kantonen Cazîra, Kobani und Afrin?

Khalil: Im Kanton Cazîra (*Provinz Al-Hasakeh, Anm. d. Red.*) gibt es drei zentrale Haftanstalten. Dann verfügt jede *Asyayîş*-Direktion (*Polizei*) über eine eigene Haftanstalt für Untersuchungshäftlinge. Es gibt insgesamt 17 in Cazîra. In der Untersuchungshaft dürfen Häftlinge maximal 24 bis 48 Stunden bleiben. Die zentralen Haftanstalten sind in Qanat al Sues (Qamischli), Derik (arab.: *Al-Malikiyah*) und Sare Kaniye (arab.: *Ras al Ain*). Dann gibt es in Kobani und in Tall Abyad jeweils ein Gefängnis. Was Afrin betrifft, verfüge ich über keine Informationen. (*Afrin liegt im äußersten Nordwesten von Syrien und hat immer noch keine Landverbindung zu Cazîra und Kobani, Anm. d. Red.*)



Sido: Können Sie etwas über die Zahl der Gefangenen im Kanton Cazîra sagen?

Khalil: Es sind zurzeit 400 Gefangene.

Sido: Wie viele sind davon politische Gefangene; also Gefangene, die aus politischen Gründen in Haft genommen worden sind?

Khalil: Wir haben keine politischen Gefangenen.

Sido: Überhaupt nicht?

Khalil: Überhaupt nicht. Es kommt aber hin und wieder vor, dass eine Person wegen einer Straftat festgenommen wird. Dann kommt eine politische Organisation, wenn der Inhaftierte eines ihrer Mitglieder ist, und sagt: „Der Inhaftierte ist unser Mitglied und er wurde wegen seiner politischen Ansichten inhaftiert.“ Und so wird der Inhaftierte zu einem politischen Aktivist oder Journalisten erklärt. Wie gesagt, wir haben keine Gefangenen, die aus politischen Gründen, also wegen der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, in Haft sitzen.

Sido: Haben Menschenrechtsorganisationen das Recht die Gefängnisse zu besuchen, um Ihre Angaben zu überprüfen?

Khalil: Die Gefängnisse können jederzeit von Menschenrechtsorganisationen besucht werden. Sie wurden und werden auch von Hilfsorganisationen besucht.

Sido: Haben diese Menschenrechtsorganisationen nach ihrem Besuch auch Berichte verfasst und veröffentlicht? Sind Sie mit diesen Berichten zufrieden?

Khalil: Es ist belanglos, ob wir mit dem Inhalt der Berichte zufrieden sind oder auch nicht. Wir wissen, was wir hier tun. Es ist für uns wichtig, dass die Gefängnisse zu Akademien werden, damit sich die Gefangenen nach ihrer Entlassung wieder in der Gesellschaft zurechtfinden; dass eine Wiedereingliederung in das soziale Gefüge der Gesellschaft stattfindet.

Sido: Besteht Ihrerseits Bedarf für Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen oder von anderen zuständigen internationalen Einrichtungen, die Ihnen hier vor Ort helfen könnten?

Khalil: Ja, in jedem Fall. Wir haben bereits Kontakt mit einigen internationalen Organisationen gehabt. Es kam zu einem Austausch zwischen uns über die Lage in den Gefängnissen und über die Ausbildung unseres Personals. Wir waren einmal in Genf und haben uns bei einer Organisation informieren können. Es ging insbesondere um Gefängnisse und um den Umgang mit Gefangenen. Wir freuen uns über jeden Besuch und jede Unterstützung aus dem Ausland.

Sido: Wenn Sie als zuständige Leiterin mitbekommen, dass das Gefängnispersonal Gefangene misshandelt, gehen Sie diesen Vorwürfen nach? Werden die Schuldigen sanktioniert?

Khalil: Ja, wir gehen diesen Hinweisen nach. Zu Beginn unserer Arbeit kam es zu solchen Fällen (*die autonome Selbstverwaltung ist 2012 entstanden, Anm. d. Red.*). Mir sind 10 bis 15 Fälle bekannt, bei denen das Personal wegen Fehlern sanktioniert wurde.

Interview mit Elizabeth Koriyeh (Christin, Assyro-Aramäerin, Führungsmitglied der *Suryoye Einheitspartei*)

Das Interview wurde am 30.03.2016 in Qamischli geführt.

Sido: Können Sie sich bitte vorstellen?

Koriyeh: Ich heiße Elizabeth Koriyeh und bin Leiterin des aramäischen (*Suryoye*) Kulturvereins. Ich bin Jahrgang 1967 und im Dorf Gir Shiran geboren. Ich bin gleichzeitig Führungsmitglied der *Suryoye Einheitspartei* (*SUP*).



Sido: Sind Sie als Organisation an der autonomen Selbstverwaltung beteiligt?

Koriyeh: Wir sind die Mitinitiatoren der autonomen Selbstverwaltung und beteiligen uns an allen ihrer Strukturen.

Sido: Verfügen Sie über militärische Verbände?

Koriyeh: Ja, das tun wir. Wir haben den *Suryoye*-Militärrat. Wir haben *Sutoro*, das ist wie die kurdische Polizei (*Asyayîş*), und die Fraueneinheiten von *Beth Nahrin*.

Sido: Sind alle christlichen Kirche (Konfessionen) in der *SUP* vertreten? Damit meine ich die syrisch-katholische, syrisch-orthodoxe, die assyrische Kirche des Ostens etc.

Koriyeh: Wir als politische Organisation betrachten uns als ein Volk (*Suryoye*) mit all seinen Bezeichnungen. Ich meine das Volk der Chaldäer/Aramäer/Assyrer. Das ist ein indigenes Volk in Mesopotamien. In unserer politischen Organisation sind Angehörige aller Kirchen unseres Volkes vertreten. Unsere Organisation hat kein Problem mit den verschiedenen Bezeichnungen. Wie gesagt, wir betrachten uns als ein Volk und wollen alle diese Bezeichnungen integrieren. Und wir betrachten uns als Vertreter unseres Volkes unabhängig von der Bezeichnung und der Konfession.

Sido: Wie viele Christen gibt es schätzungsweise in der Provinz Al-Hasakeh einschließlich der Armenier?

Koriyeh: Seit fünf Jahren befindet sich Syrien in einem totalen Chaos. Ich kann nicht genau schätzen, aber ich gehe davon aus, dass seit Beginn der Revolution mindestens die Hälfte aller Christen die Provinz verlassen hat. Immer wenn es zu bewaffneten Konflikten kommt, sind wir als Christen die ersten Opfer. Ich meine, diese Konflikte führen dazu, dass unsere

Menschen die Region für immer verlassen. Nach dem Beginn der Revolution begannen gezielte Angriffe auf Christen. Immer wieder wurden Christen entführt. Wir betrachten diese Angriffe als systematisch, die das Ziel haben, unserem Volk Angst zu machen und sie zum Fliehen zu bewegen.

Sido: Könnten Sie mir über die konfessionelle Zusammensetzung der Christen in der Region etwas sagen?

Koriyeh: Die meisten Christen hier sind syrisch-orthodox, außerdem haben wir die syrisch-katholischen. Wenn wir über die Armenier sprechen, die sind in drei Kirchen vertreten: orthodoxe, katholische und protestantische. Die griechisch-orthodoxe Kirche (Rom) ist kaum vertreten.

Sido: Arbeiten die politischen Parteien der Christen mit dem sog. Al-Majlis al-Milli (*In diesem Rat sind die Kirchen vertreten, Anm. d. Red.*) zusammen?

Koriyeh: Die Kirche kümmert sich um religiöse Angelegenheiten, wir um politische Angelegenheiten. Oft reduziert die Kirche die christliche Bevölkerung auf eine religiöse Gruppe, wir aber betrachten uns nicht nur als Christen, sondern auch als Ethnie. Wir sind auch in Gesamt-Syrien für eine Trennung von Religion und Staat. Wir verstehen uns als politische Vertreter der Assyrer/Chaldäer/Aramäer.

Sido: Wie kann Deutschland/Europa die Christen hier in Syrien in Rojava-Nordsyrien unterstützen?

Koriyeh: Leider mussten wir feststellen, dass Europa uns Assyrer/Chaldäer/Aramäer, uns Christen insgesamt, in dieser Region benachteiligt. Zu der Verfolgung und Unterdrückung unseres Volkes hat es oft geschwiegen. Heute sind wir Bürger zweiter oder dritte Klasse in den Ländern, in denen wir leben. Daher erwarten wir, dass Deutschland, Europa und Amerika uns unterstützen. Wir sind dabei, ein multiethnisches und -religiöses Projekt in Rojava-Nordsyrien zu etablieren. Wir wollen alle Minderheiten unabhängig von ihrer Religion/Ethnie/Sprache hier in Nordsyrien fördern und wir erwarten Unterstützung nicht nur von der Öffentlichkeit, sondern auch von den Regierungen. Die Fluchtursachen müssen hier vor Ort bekämpft werden. Wir erwarten, dass Deutschland, Europa und Amerika uns dabei unterstützen. Dieses Projekt, das wir hier in Nordsyrien angefangen haben, könnte man auch in ganz Syrien umsetzen, sodass verschiedene Religionen/Ethnien/Konfessionen friedlich, frei und gleichberechtigt leben können. In der Verwaltung sind heute alle hier lebenden Minderheiten vertreten. Das Recht auf Muttersprache, Glaubensfreiheit und Meinungsfreiheit ist hier garantiert. Alle diese Rechte sind in dem gesellschaftlichen Vertrag erwähnt. Drei Sprachen wurden zu offiziellen Sprachen der Region erklärt: Arabisch, Kurdisch, Aramäisch.

Sido: Wer bedroht dieses Projekt? Woher kommen die Gefahren?

Koriyeh: Die Terrororganisationen *IS*, *Al-Nusra* und andere islamistische Gruppen sind eine tödliche Gefahr für unser Volk, für die autonome Region. Wenn diese Organisationen in dieser Region die Oberhand gewinnen, dann werden die Minderheiten hier nicht mehr leben können. Eine große Gefahr stellt die wirtschaftliche Blockade dar. Alle Grenzübergänge sind dicht. Wir sind von der Außenwelt nahezu vollständig abgeschnitten. Daher fordern wir die türkische Regierung auf, die Grenzübergänge für humanitäre Hilfe sofort zu öffnen.

Sido: In der Reihe der Opposition sind vereinzelt Christen vertreten, die der Meinung sind, dass der syrische politische Islam keine Gefahr für die Christen und andere Minderheiten darstellt. Was können Sie dazu sagen?

Koriyeh: Die Verfolgung und Massenvertreibung unseres Volkes ist oft auf religiösen Fanatismus zurückzuführen. Daher bleibt der Islamismus eine große Gefahr für die Existenz unseres Volkes. Im Übrigen, jeder religiöse Fanatismus ist für eine Gesellschaft gefährlich. Die Christen haben in ihrer Geschichte so etwas oft erlebt. Die Entwicklung in unseren Ländern kann nur dann fortgesetzt werden, wenn Religion und Staat getrennt werden. Syrien ist ein vielfältiges multiethnisches und -religiöses Land. Deshalb muss auch das politische System diese Vielfalt gewährleisten und schützen. Wir fordern gemeinsam mit unseren Verbündeten der *Partei der demokratischen Union (PYD)* ein demokratisches, pluralistisches, föderales System für Syrien. Dass die Meinungsfreiheit, die Rechte aller Volksgruppen und die Glaubensfreiheit für alle Glaubensrichtungen garantiert sind.

Sido: Viele Dank für das Interview!

Interview mit Anwar Muslim (Präsident des Kantons Kobani)

Das Interview wurde am 21.03.2016 in Kobani geführt.

Sido: Herr Muslim, ich möchte Ihnen ein frohes Fest wünschen! *(Interview fand während der Feiern zum kurdischen Neujahrsfest „Newroz-Fest“ statt, Anm. d. Red.)*

Muslim: Auch Ihnen alles Gute! Herzlichen Dank!

Sido: Ich freue mich, dass die Menschen heute in Kobani das Newroz-Fest friedlich miteinander feiern können. Wie viele Menschen sind bisher nach Kobani zurückgekehrt?

Muslim: Etwa 250.000 Menschen sind in die Stadt und in die umliegenden Dörfer zurückgekehrt. Zweimal pro Woche, wenn der Grenzübergang offen ist, kehren immer mehr Menschen aus der Türkei in ihre Heimat zurück.



Anwar Muslim (zw.v.r.) im Gespräch

Sido: Wie viel Prozent der ursprünglichen Bevölkerung ist bereits zurückgekommen?

Muslim: Ich weiß es nicht genau, aber ich würde sagen, dass mehr als die Hälfte zurückgekommen sind.

Sido: Wann sind Sie geboren?

Muslim: Ich bin im Jahre 1976 geboren.

Sido: Was wünschen sich die Menschen aus Kobani von der internationalen Gemeinschaft?

Muslim: Unser Wunsch und unsere Bitte an in die internationale Gemeinschaft ist, uns bei dem Wiederaufbau so zu helfen,

wie sie uns bei der Befreiung im Kampf gegen den IS geholfen haben. Wir wünschen uns Hilfe beim Wiederaufbau der Infrastruktur, im Gesundheitswesen, bei der Herstellung von Trinkwasser und Elektrizität und beim Wiederaufbau der Schulen. Auch bei der Wiederherstellung der Landwirtschaft brauchen wir dringend Hilfe.

Sido: Wie verhält sich die türkische Regierung in der Frage des Grenzüberganges?

Muslim: Die türkische Regierung hat leider bis jetzt ihre Kurden-Phobie nicht aufgegeben. Wir Kurden hier in Kobani hegen keine Feindschaft der Türkei gegenüber. Wir möchten hier in Syrien einen neuen, demokratischen, laizistischen und föderalen Staat gründen. Genau dagegen agiert die türkische Politik.

Sido: Haben die Streitkräfte der Kurden in Kobani jemals eine Kugel Richtung Türkei gefeuert? Gab es von kurdischer Seite Angriffe auf die türkische Grenze?

Muslim: Nein, in keinem Fall. Aber von der türkischen Seite schlagen immer wieder Granaten auf unserer Seite ein. Das türkische Militär provoziert unsere Menschen in Kobani ständig.

Sido: Vielen Dank für das Interview!

Interview mit Ibrahim Muzel (ein *Schammar*-Araber)

Das Interview wurde am 23.03.2016 in Qamischli geführt.

Sido: Können Sie sich bitte vorstellen?

Muzel: Ich heiße Ibrahim Muzel und ich bin Araber. Ich gehöre zu dem Stamm der *Schammar*.

Sido: Sind Sie hier geboren? Stammen Sie aus Qamischli?

Muzel: Ja, bin ich.

Sido: Die Kurden haben hier eine autonome Selbstverwaltung ins Leben gerufen. Diskriminiert diese neu entstandene Macht Sie oder Araber insgesamt?

Muzel: Nein.

Sido: Ich sehe hier an der Wand „Es lebe Kurdistan“ – Werden Sie von den Kurden nicht aufgefordert, die Stadt zu verlassen, weil Sie Araber sind?

Muzel: Nein, ich habe so etwas noch nie gehört.

Sido: Diskriminiert die Verwaltung andere Minderheiten oder Volksgruppen hier in der Region?

Muzel: Nein, unsere Stadt Qamischli war immer multiethnisch und -religiös. Wir legen Wert darauf, dass die Stadt auch so bleibt.

Sido: Was denken Sie über die Lage in Syrien insgesamt?

Muzel: „Inschallah!“ (dt.: „So Gott will“, Anm. d. Red.) Ich hoffe das Beste für Syrien. Sonst weiß nur Allah, was kommt. Ich wünsche, dass wir weiterhin friedlich miteinander leben können. Hier bei uns in Qamischli gibt es keine religiöse und ethnische Diskriminierung.

Sido: Sind Sie dafür, dass die Kurden ihre eigene Sprache lernen und ihre eigenen Schulen haben?

Muzel: Es ist das gute Recht der Kurden, ihre Sprache zu lernen und eigene Schulen zu haben.

Sido: Vielen Dank für das Interview!

Interview mit Haji Riza (Flüchtling aus *Shahba*)

Das Interview wurde am 21.03.2016 in Kobani geführt.

Sido: Können Sie sich bitte vorstellen?

Riza: Mein Name ist Haji Riza und ich stamme aus der Region *Shahba*.

Sido: Was meinen Sie mit der Region *Shahba*?

Riza: Mit *Shahba* meinen wir das Land/die Ebene im Norden und Osten von Aleppo. Das ist eine historische Bezeichnung für diese Region. Dort befindet sich auch ein alter Staudamm im Distrikt Azaz. In dieser Region lebten traditionell Kurden, Araber und Turkmenen.



Ganz links: Haji Riza

Sido: Können Sie bitte noch einmal genauer aufzählen, welche Ortschaften die Region *Shahba* administrativ umfasst?

Riza: Azaz, Al-Bab, einen großen Teil von Manbidsch, einen Teil von Sfireh.

Sido: Aus wie vielen Dörfern bestehen die Distrikte, die sie erwähnt haben?

Riza: Kann ich nicht genau sagen. Ich weiß, dass in dieser Region 450 Dörfer existieren. Dort leben schätzungsweise 1.800.000 Menschen. 217 Ortschaften sind nur von Kurden bewohnt. Die Kurden in dieser Region sind seit der Gründung des syrischen Staates 1946 einer systematischen Zwangsassimilation und -arabisierung ausgesetzt worden. Da die Kurden ihre Sprache nicht sprechen durften und es auch keine kurdischen Schulen gab, haben viele Kurden ihre Sprache verlernt. In den Familiennamen und den Bezeichnungen der Dörfer kommen aber kurdische Begriffe vor.

Sido: Was fordern die Menschen, vor allem die Kurden, in dieser Region?

Riza: Die Mehrheit der Bevölkerung dort, allen voran die Kurden, fordert, dass der *IS* aus diesem Gebiet vertrieben wird und dass die Region unter der Kontrolle der *Syrian Democratic Forces* bzw. der *YPG* kommt. So könnten wir von hier direkt nach Afrin fahren. (*Shahaba ist nicht weit von Kobani entfernt. Zurzeit ist die Verbindung zwischen beiden Regionen nur über den Luftweg von Qamischli nach Damaskus und dann über den Landweg nach Shahba möglich. Um Shahba über den Landweg direkt erreichen zu können, fordert er*

die Vertreibung des IS aus dieser Region, Anm. d. Red.) Dann könnten die Regionen Cazîra, Kobani und Shahba mit Afrin gemeinsam eine föderale Region innerhalb Syriens bilden. In dieser Region müssen dann alle Ethnien und Religionsgemeinschaften gleichberechtigt leben. Wir lehnen die Errichtung eines Scharia-Staates in unserer Region strikt ab. Dieses Ziel wird von islamistischen Gruppen verfolgt, die von der Türkei unterstützt werden. Unter der Herrschaft dieser Gruppen wird es weder Gleichberechtigung für Ethnien und Religionsgemeinschaften noch für Frauen geben. Wir wollen, dass hier Kurden, Araber, Armenier, Turkmenen, Muslime, Yeziden, Christen und Alawiten friedlich miteinander leben.

Sido: Vielen Dank für das Interview!

Interview mit Ilyas Saydo (Vorsitzender des Vereins *Mala Êzdiya*)

Das Interview wurde in einem yezidischen Dorf namens Qizlacho bei Amuda am 25.03.2016 geführt.

Sido: Können Sie sich bitte vorstellen?

Saydo: Ich bin 48 Jahre alt.

Sido: Wir sind gerade in einem Zentrum. Wie heißt dieses?

Saydo: Wir sind gerade im *Mala Êzdiya* (dt.: *Haus der Yeziden*, Anm. d. Red.) im Dorf Qizlacho bei Amuda.

Sido: Sind alle hier im Dorf Yeziden?

Saydo: Ja.

Sido: Wie viele Familien leben hier?

Saydo: Es gab 30 Familien, heute sind es nur noch zehn.

Sido: Wie viele yezidische Dörfer gibt/gab es in der Provinz Al-Hasakeh?

Saydo: Es waren 52 Dörfer, in denen Yeziden gelebt haben. Von diesen Dörfern waren einige gemischt yezidisch-muslimische Dörfer.

Sido: Wie viele yezidische Dörfer sind verlassen worden?

Saydo: Avgira, Hescheria, Port Said, Moskau, Mihke, Khirbet Dilan – das sind Dörfer, die ganz leerstehen.

Sido: Wie viele Yeziden lebten hier in der Provinz Al-Dschasira 1980 und wie viele leben heute dort?

Saydo: Schätzungsweise gab es 60.000 Yeziden, heute gibt es vielleicht 3.000.

Sido: Wo leben die meisten – entlang der türkischen Grenze oder eher südlicher Richtung Al-Hasakeh?

Saydo: Die meisten leben nördlich entlang der türkischen Grenze, da die Gefahr für Yeziden im Süden durch den *IS* und andere radikalislamistische Gruppen sehr hoch ist. Die organisierte Auswanderung hat der Existenz der Yeziden hier großen Schaden zugefügt.



Wenn die Yeziden weiter auswandern, dann wird es hier längerfristig keine Yeziden mehr geben.

Sido: Kann man also vermuten, dass in den nächsten Jahrzehnten keine Yeziden mehr hier leben werden?

Saydo: Nein, es wird hier immer Yeziden geben. Es gibt die Yeziden, die sich mit ihrem Boden verbunden fühlen. Diese werden niemals das Land verlassen. Ich hoffe, dass einige Yeziden zurückkehren, wenn sich die Situation hier beruhigt hat.

Sido: Wenn der politische Islam in dieser Gegend obsiegt, wie sollen die Yeziden dann hier leben können?

Saydo: Ja, das ist die größte Gefahr. Und wir müssen dafür sorgen, dass es dazu nicht kommt.

Sido: Können Sie bitte den Verein *Mala Êzdiya* vorstellen?

Saydo: Er wurde 2012 gegründet. Wir haben diesen Verein gegründet, weil wir uns Yeziden organisieren wollten. In unruhigen Zeiten kann man nur überleben, wenn man gut organisiert ist. Wir wollten für die Yeziden eine politische Vertretung organisieren, sodass diese die Yeziden in Rojava repräsentiert. Es ist ein politischer, zivilgesellschaftlicher, religiöser Verein. Mit ihm wollen wir uns an dem politischen Leben hier beteiligen und interne Konflikte lösen.

Sido: Habt ihr organisatorische Verbindungen zu den Yeziden in Afrin?

Saydo: Nein, haben wir nicht. Wir versuchen, den Kontakt herzustellen, damit wir zusammen arbeiten können. Es gibt leider keine Möglichkeit, dass wir uns gegenseitig besuchen, weil es keine Landverbindung zwischen Al-Hasakeh und Afrin gibt. Wir können nur telefonisch miteinander kommunizieren.

Sido: Wie ich sehen kann, sind Sie parteipolitisch nicht unabhängig? (*Sido zeigt mit der Hand auf ein Portrait von Abdullah Öcalan, Anm. d. Red.*)

Saydo: Doch, wir sind parteipolitisch unabhängig. Eine bestimmte Partei hat jedoch mehr Sympathien für uns als die anderen: die YPG. Andere Parteien wollten wenig mit uns zu tun haben. Wir sind auch an der autonomen Selbstverwaltung beteiligt, einige Yeziden haben dort auch Posten inne.

Sido: Diskriminiert die Selbstverwaltung die Yeziden nicht?

Saydo: Nein, das ist nicht der Fall. Ganz im Gegenteil, wir Yeziden werden gefördert.

Sido: Haben die Yeziden eine eigene Miliz?

Saydo: Nein, wir sind aber stark in den Reihen der YPG vertreten. Wir haben auch viele Gefallene, die in dem Kampf gegen den IS ihr Leben verloren haben.

Sido: Können Yeziden hier Richter werden?

Saydo: Wie gesagt, Yeziden werden gezielt gefördert und wir sind überall vertreten und werden nicht benachteiligt.

Sido: Was möchten Sie den Yeziden in Deutschland und Europa mitteilen?

Saydo: Wir wünschen allen Yeziden Glück, aber gleichzeitig bitten wir alle, die hiesigen Yeziden nicht zu vergessen und uns finanziell zu unterstützen, weil hier die Wurzeln der syrischen Yeziden liegen. Ein Baum ist gänzlich tot, wenn die Wurzeln absterben.

Sido: Ich bedanke mich für das Interview!

Interview mit Talal Silo (Turkmene, Sprecher der *Syrian Democratic Forces*)

Das Interview wurde am 24.03.2016 in Al-Hasakeh geführt.

Sido: Können Sie sich bitte vorstellen?

Silo: Ich bin General-Major Talal Silo, Sprecher der *Syrian Democratic Forces (SDF)* und Mitglied des Oberkommandos des *SDF*. Ich bin 1965 in der Ortschaft Ar-Ra'ii im Norden von Aleppo geboren.

Sido: Wie ist die militärische Lage momentan? Halten sich Ihre Streitkräfte an die vereinbarte Feuerpause?



Silo: Ja, selbstverständlich. Wir halten uns an die Feuerpause überall, wo wir sind. Dies wurde auch durch ein offizielles Kommuniqué bekräftigt. Allerdings behalten wir uns das Recht vor, jegliche Angriffe zu erwidern. Im Übrigen gilt die Feuerpause nicht für die Gebiete, in denen wir den radikalislamistischen *IS* bekämpfen.

Sido: Gibt es Verletzungen der Feuerpause seitens der sog. moderaten Rebellen?

Silo: Ja, diese Gruppen halten sich überhaupt nicht an die Feuerpause. Insbesondere in Aleppo setzen sie ihre Angriffe auf die Zivilisten, insbesondere auf das Stadtviertel Scheikh Maksud, fort. Täglich werden dort Zivilisten angegriffen, Menschen verlieren durch diese Angriffe das Leben und es gibt viele Verletzte. Wenn ich die Gruppen nennen darf, die sich nicht an die Feuerpause einhalten, sind es die *Al-Nusra-Front*, *Ahrar al-Sham*, die *Sultan Murad-Brigaden* und die *Mutassim Billah-Brigaden*. Dort in Aleppo wurden bei den Angriffen auch giftige Gase wie z.B. Sarin benutzt.

Sido: Wie sieht die Lage in der Provinz Al-Hasakeh aus?

Silo: In Al-Hasakeh gilt die Feuerpause nicht, weil wir es hier vor allem mit dem *IS* zu tun haben.

Sido: Wie stark sind die *SDF* zahlenmäßig?

Silo: Das sind militärische Geheimnisse. Diese Frage werde ich nicht beantworten.

Sido: Wie viele militärische Verbände sind Mitglied in den *SDF*?

Silo: Es sind insgesamt zehn Verbände.

Sido: Sind in diesen Verbänden alle ethnischen und religiösen Volksgruppen vertreten?

Silo: Ja, sie gehören allen Volksgruppen an. Es sind Kurden, Turkmenen, Araber und Assyrer/Chaldäer/Aramäer.

Sido: Gibt es in Ihren Reihen auch Christen als Kämpfer?

Silo: Ja, die Assyrer/Chaldäer/Aramäer sind Christen. Der *Aramäische Militärрат* ist als Verband Mitglied in den *SDF*.

Sido: Gibt es auch Yeziden in Ihren Reihen?

Silo: Es gibt keinen eigenen yezidischen bewaffneten Verband, aber wir haben viele Yeziden in unseren Reihen. Auch einen armenischen Verband gibt es nicht, aber es gibt einzelne Armenier, vor allem in der YPG.

Sido: Wie betrachten Sie sich als *SDF*? Welcher politischen Gruppierung gehören die *SDF* als militärischer Verband an?

Silo: Als die *SDF* 2015 gegründet wurden, hatten wir noch keine politische Vertretung. Dann wurde das *Syrian Democratic Council (SDC)* gegründet. Ab diesem Zeitpunkt betrachten wir uns als militärischer Flügel des *SDC*.

Sido: Welche Ziele verfolgen die *SDF* für Gesamt-Syrien?

Silo: Zu Beginn unserer Gründung hatten wir das Ziel, den *IS* zu zerschlagen und unsere Gebiete vom *IS* zu befreien. Im Weiteren kämpfen wir für ein demokratisches, pluralistisches, föderales System in Syrien, das die Freiheit kultureller Rechte und die Glaubensfreiheit für alle Volksgruppen in Syrien garantiert. Ferner betrachten wir uns als Kern der zukünftigen Streitkräfte eines demokratischen Syriens.

Sido: Nahezu alle bewaffneten Gruppen, die nicht bei den *SDF* Mitglied sind, wollen einen Scharia-Staat in Syrien gründen. Wollen auch die *SDF* einen Scharia-Staat?

Silo: Nein, nein. In diesen Fragen mischen wir uns nicht ein. Wir verfolgen das Ziel der Trennung von Religion und Staat.

Sido: Werden die Minderheiten im zukünftigen Syrien ihren Platz haben? Werden Christen das Recht haben, Kirchen zu bauen und ihren Glauben frei zu leben?

Silo: Wir kämpfen für eine vollständige Gleichberechtigung aller Bestandteile des syrischen Volkes. Der Christ muss das Recht haben, eine Kirche zu bauen; die anderen genauso.

Sido: Gibt es momentan Konflikte zwischen den *SDF* und den Nachbarländern?

Silo: Wir sind Mitglied der *Anti-Terror-Allianz*, die von den USA angeführt wird. Diese Allianz, allen voran die USA, bietet uns auch Luftunterstützung bei unserem Kampf gegen den *IS*. Ein großes Problem haben wir mit dem Nachbarn Türkei. Die stört und behindert unseren Kampf gegen den *IS*. Ferner bedroht die Türkei unsere Existenz und schadet und gefährdet langfristig unsere politischen Ziele in einem künftig demokratischen Syrien.

Sido: Erhalten Sie auch Waffen von der Allianz?

Silo: Wir erhalten Luftunterstützung. Was Waffen angeht, leider sehr wenig. Wir haben bis jetzt nur dreimal Munition erhalten. Wir fordern die Allianz immer wieder dazu auf, uns auch mit Waffen zu unterstützen.

Sido: Wie brutal der Krieg auch sein mag, in Kriegen gibt es immer auch Regeln: das humanitäre Kriegsrecht. Halten sich die *SDF* an diese Regeln?

Silo: Ja, wir halten uns daran. Das ist in unseren Statuten festgeschrieben. Das gilt für die Behandlung sowohl der Gefangenen als auch der Zivilbevölkerung.

Sido: Kam es zu Verletzungen des Kriegsrechts Ihrerseits? Wurden die Schuldigen bestraft?

Silo: Nein, nicht im großen Maße.

Sido: Gibt es Kindersoldaten in Ihren Reihen?

Silo: Nein, Kindersoldaten lehnen wir strikt ab. Ich kann ein konkretes Beispiel nennen: Vor kurzem haben sich uns einige Angehörige der arabischen Volksgruppe angeschlossen. Darunter befanden sich auch Minderjährige. Wir haben uns bei Ihnen bedankt, sie aber wieder nach Hause geschickt. Die beiden waren 16 Jahre alt.

Sido: Es gibt Vorwürfe gegen die *SDF*, dass sie Zivilisten verfolgt, die angeblich mit dem *IS* kooperiert haben. Stimmen diese Vorwürfe? In diesem Zusammenhang sei es auch zu ethnischen Säuberungen gekommen.

Silo: In dieser Frage verfolgen wir eine klare Linie: Eine Diskriminierung auf religiöser ethnischer Grundlage lehnen wir ab. Es kommt jedoch hin und wieder in Einzelfällen zu Menschenrechtsverletzungen auch unsererseits.

Sido: Werden die *SDF*-Kämpfer über das von ihnen erwartete Verhalten aufgeklärt, bevor sie eine Schlacht beginnen?

Silo: Ja, das tun wir. Bevor wir eine Schlacht beginnen und wenn es möglich ist, sorgen wir dafür, dass die Zivilbevölkerung nicht zu Schaden kommt. Groß angelegte Angriffe werden nur gestartet, wenn sich in den betroffenen Ortschaften keine Zivilisten mehr befinden. In der Regel finden die Kämpfe in Ortschaften statt, aus denen die Menschen längst geflohen sind. Vor den militärischen Kämpfen auf dem Boden gibt es Luftangriffe. Dadurch warnen wir

die Zivilbevölkerung. Wenn wir eine Ortschaft erobern, lassen wir die Zivilbevölkerung erst in ihre Häuser zurückkehren, wenn die Minen weggeräumt und Autobomben entschärft sind. Erst dann erlauben wir den Zivilisten zurückzukommen. Wir haben aber ein Problem, was die Fachkräfte angeht, die Minen wegräumen oder Autobomben entschärfen können. Daher kommen wir nur schleppend voran.

Sido: Sind Sie bereit, diesbezüglich mit internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, damit Sie Hilfe bekomme? Sind Sie bereit, die Gebiete für Untersuchungsmissionen, die Menschenrechtsverletzungen überprüfen und den Vorwürfen nachgehen, freizugeben?

Silo: Wir haben immer wieder erklärt, dass wir immer bereit sind, mit allen Menschenrechtsorganisationen zusammenzuarbeiten, um diesen Vorwürfen nachzugehen.

Sido: Herzlichen Dank für das Interview!

Interview mit einer älteren Frau (Name unbekannt)

Das Interview wurde am 13.03.2016 am Grenzübergang von Irakisch-Kurdistan nach Rojava-Nordsyrien nach der Überfahrt von der irakisch-kurdischen auf die syrisch-kurdische Seite geführt.

Sido: Warum werden Sie immer wieder zurückgeschickt?

Frau: Ich weiß nicht. Die schicken mich immer wieder zurück und ich weiß nicht, aus welchem Grund.

Sido: Woher stammen Sie?

Frau: Ich komme aus Derik.

Sido: Sind Sie am Herzen krank?

Frau: Ja *(Sie zeigt Medikamente und Atteste von Ärzten, die sie dabei hat; Anm. d. Red.)*.

Sido: Wie oft sind Sie schon hergekommen und wieder zurückgeschickt worden?

Frau: Es ist schon das vierte Mal und sie sagen mir nicht, warum ich zurückgeschickt werde.

Sido: Wer schickt Sie zurück? Welche Seite? Die syrisch-kurdische oder die irakisch-kurdische?

Frau: Die irakisch-kurdische Seite erlaubt mir die Einreise nicht.

Sido: Haben Sie Nachweise, dass Sie krank sind?

Frau: Ja *(sie zeigt noch einmal die Atteste, Anm. d. Red.)*.

Sido: Habe Sie irgendetwas verbrochen; Straftaten auf der irakisch-kurdischen Seite begangen?

Frau: Nein, ich schwöre bei Allah.

Interview mit einer älteren arabischen Frau (Wagda, Nachname unbekannt; Angehörige der sog. *Ghamar*-Araber)

Das Interview wurde am 23.03.2016 in Amuda geführt.

Erläuterung: Auf dem Siedlungsgebiet der sogenannten Ghamar-Araber wurde Anfang der 1970er Jahre im Euphrat-Tal in Zentralsyrien ein Staudamm errichtet. Die Ghamar-Araber wurden deshalb vom Regime in Damaskus in das mehrheitlich von Kurden bewohnte Gebiet in der Provinz Al-Hasakeh umgesiedelt. Seit 2011, als es in Syrien zu Unruhen und schließlich zum Bürgerkrieg kam, fordern einige Kurden immer wieder von der autonomen Selbstverwaltung, diese Personen aus ihren jetzigen Siedlungen zu vertreiben. Die autonome Selbstverwaltung lehnt dies jedoch entschieden ab.

Sido: Woher kommen Sie?

Wagda: Ich komme aus dem Dorf Jaberiya.

Sido: Wie weit ist das von Amuda weg?

Wagda: Nicht weit.

Sido: Wie viele Kilometer?

Wagda: Ich weiß nicht. Etwa fünf Kilometer.

Sido: Woher stammen Sie ursprünglich?

Wagda: Ursprünglich komme ich aus ar-Raqqa, also aus den Dörfern um ar-Raqqa.

Sido: Sie gehören also den sog. *Ghamar*-Arabern an?

Wagda: Ja, wir wurden vor 35-40 Jahren umgesiedelt.

Sido: In welchem Wirtschaftssektor sind *Ghamar*-Araber hier beschäftigt?

Wagda: In der Regel in der Landwirtschaft und Viehzucht.

Sido: Wurden Ihre Ländereien in ar-Raqqa geflutet?

Wagda: Ja.

Sido: Wie ist Ihr Verhältnis zu den Kurden hier in der Region?

Wagda: Sehr gut.

Sido: Wie war das Verhältnis, als das Regime diese Region noch kontrollierte?

Wagda: Das war auch gut.

Sido: Und wie ist die Haltung der Kurden zu Euch jetzt? Werdet Ihr benachteiligt, diskriminiert, geschlagen?

Wagda: „Mo eyb!“ Das wäre beschämend, wenn sie das machen würden. Sowas machen sie nicht. Wir sind wie Geschwister.

Sido: Was denken Sie darüber, dass die Kurden Schulen bekommen, ihre Sprache anerkannt wird, sie eine eigene Verwaltung bekommen etc.?

Wagda: Ja ja, wir sind alle mit den Kurden. Wir sind dafür!

Sido: Also für Sie ist es kein Problem, wenn Sie weiter Arabisch und die Kurden Kurdisch lernen?

Wagda: Ja, ich bin dafür.

Sido: Wie alt sind Sie?

Wagda: Etwa 70 Jahre alt.

Sido: Können Sie Kurdisch? *(auf Kurdisch, Anm. d. Red.)*

Wagda *(lacht)*: Nein, kann ich nicht. *(auf Kurdisch, Anm. d. Red.)*

Sido: Vielen Dank für das Interview, Tante! *(höfliche Anrede für eine ältere Frau, Anm. d. Red.)*

9.

10. Glossar

Abkürzung	Name
ADO	Assyrian Democratic Organization / Assyrische Demokratische Organisation
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi / Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung
DBK	Desteya Bilind a Kurd / Hohes Kurdisches Komitee
DPK	Demokratische Partei Kurdistans
FSA	Freie Syrische Armee
IS	Islamischer Staat
ISIL	Islamischer Staat im Irak und in der Levante
ISIS	Islamischer Staat im Irak und Syrien
KDP-S	Kurdistan Democratic Party of Syria / Demokratische Partei Kurdistan-Syrien
KNCS	Kurdish National Council of Syria / Kurdischer Nationalrat Syriens
PKK	Partiya Karkerên Kurdistanê / Arbeiterpartei Kurdistans
PUK	Patriotische Union Kurdistans
PYD	Partiya Yekîtiya Demokrat / Partei der Demokratischen Union

SDF	Syrian Democratic Forces / Demokratische Kräfte Syriens
SIF	Syrische Islamische Front
SUP	Syriac Union Party / Suryoye Einheitspartei
Syrische Nationale Koalition	Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte
TEV-DEM	Tevgera Civaka Demokratîk / Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft in Rojava
YPG	Yekîneyên Parastina Gel / Volksverteidigungseinheiten
YPJ	Yekîneyên Parastina Jinan / Frauenverteidigungseinheiten